

INHALT:	Editorial	Seite 158
	GI Aktuell	Seite 158
	GI Leitsätze	Seite 161
	Anwaltshaftung Regreß gg. Notar, Löschungsurkunde / Verjährungsbeginn, § 852 BGB / Anderweitige Ersatzmöglichkeit, Betreuungsgeschäft (BGH, Urt. v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97)	Seite 161
	Fristenkontrolle Vorfristsache / Prüfungspflicht des Rechtsanwalts (BGH, Urt. v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99)	Seite 170
	Steuerberaterhaftung Aufdeckung stiller Reserven, § 6b EStG / Alternativentscheidung / Kausalität / Anscheinsbeweis für beratungskonformes Handeln (BGH, Urt. v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97)	Seite 171
	Honorar des Steuerberaters Vorschußzahlungen / Rückforderungen, § 812 BGB (OLG Düsseldorf, Urt. v. 5.3.1998 - 13 U 84/97)	Seite 174
	Auskunftshaftung Erklärung zur Zahlungsbereitschaft und Rechtsnachfolge / Zurechnungszusammenhang / Zeitablauf / Mitverschulden, Klage nach zwei Jahren (OLG Jena, Urt. v. 4.8.1998 - 8 U 391/98)	Seite 176



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das **GI-Spezial „Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar 1980-1999“** (283 Seiten, DIN A4) hat eine große Nachfrage ausgelöst. Nutzen Sie unser Bestell-Fax 0221/144-51 55 als schnellsten Weg zur Bestellung.

Zur **Belehrungspflicht des Rechtsanwalts über Fehler in den eigenen Arbeiten** verdeutlicht der BGH, daß ein konkreter Anlaß bestanden haben muß, seine Beratung auf Fehler hin zu prüfen. Danach muß er nicht sofort den Mandanten belehren; es genügt, wenn im Zeitpunkt der Belehrung die Verjährung noch unterbrochen werden kann. Wird das Mandat nach Eintritt des Überprüfungsanlasses beendet, muß der Hinweis im Rahmen der Mandatsabwicklung erfolgen.

Die Belehrungspflicht entfällt nicht, wenn der Mandant Volljurist ist oder wenn dieser in der 2. Instanz von anderen Rechtsanwälten vertreten wird. Das kann nur eintreten, wenn der Mandant wegen der Haftungsfrage von anderen Anwälten beraten wird oder vom Fehler des Erstberaters und der Verjährung des Regreßanspruchs auf andere Weise Kenntnis erlangt hat.

Eine interessante BGH-Entscheidung befaßt sich mit der **Kausalität eines Steuerberaterfehlers**, der zur **Aufdeckung stiller Reserven** geführt haben soll. Nach Vorlage eines Sachverständigengutachtens stand fest, daß die Aufdeckung zu verhindern war, diese Alternativgestaltung aber zu einer Vielzahl anderer Steuerprobleme geführt hätte (Gewerbesteuerpflicht ohne Freibetrag, Vermögensteuer, Verlust des halben Steuersatzes, Wertsteigerungen im Betriebsvermögen pp.). Hier hakte der BGH ein und lehnte einen Anscheinsbeweis zugunsten des Mandanten – **sog. beratungskonformes Verhalten** – ab. Wegen der vielfältigen Umstände des Einzelfalls und der verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten obliegt es dem Geschädigten, darzulegen und zu beweisen, wie er sich bei vollständiger Beratung verhalten hätte.

Das OLG Jena bestätigt, daß eine **leichtfertige Auskunft** des Steuerberaters zur Rechtsnachfolge und Zahlungsbereitschaft seines Mandanten nur eine begrenzte „Vertrauensdauer“ hat. Nach zwei Jahren besteht keine **Schutzwürdigkeit** mehr.

Zum **fristgerechten Arbeiten**: Eine **Vorfristakte** muß weder sofort bearbeitet noch muß die Rechtsmittelfrist sofort überprüft werden (BGH).



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

Berufspflichtverletzungen, Mitteilung an die Berufskammer

(OFD Frankfurt v. 5.11.1998 – S 0824 A-2-St II 41, StBerG § 10)

1. Mitteilungen nach § 10 Abs. 1 StBerG

1.1 Nach § 10 Abs. 1 StBerG kann die Finanzbehörde der zuständigen Berufskammer oder der für das ehrengerichtliche oder berufsgerichtliche Verfahren oder das Disziplinarverfahren zuständigen Stelle, soweit dies für die Ermittlung des Sachverhalts von Bedeutung ist, Tatsachen mitteilen, die den Verdacht begründen, daß eine der in § 3 oder § 4 Nr. 1 und 2 StBerG genannten Personen eine Berufspflichtverletzung begangen hat.

Verwaltungsanweisungen

1.2 Bei den von § 10 Abs. 1 StBerG betroffenen Personen handelt es sich um:

1.2.1 Steuerberater, Steuerbevollmächtigte sowie Mitglieder des Vorstands, Geschäftsführer und vertretungsberechtigte persönlich haftende Gesellschafter von Steuerberatungsgesellschaften, die nicht Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte sind (§§ 3 Nr. 1.74 Abs. 2 und 94 Abs. 1 StBerG);

1.2.2 Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Mitglieder des Vorstands, Geschäftsführer und vertretungsberechtigte persönlich haftende Gesellschafter von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder Buchprüfungsgesellschaften, die nicht Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer sind (§ 3 Nr. 2 StBerG, §§ 58, 71 und 130 der Wirtschaftsprüfungsordnung – WPO –);

1.2.3 Rechtsanwälte (§ 3 Nr. 2 StBerG);

1.2.4 Notare (§ 4 Nr. 1 StBerG);

1.2.5 Patentanwälte (§ 4 Nr. 2 StBerG).

1.3 Die Berufspflichten dieser Personen sind in erster Linie in den jeweiligen berufsordnenden Gesetzen geregelt. Das sind für den Personenkreis zu 1.2.1: §§ 57 bis 72 StBerG, den Personenkreis zu 1.2.2: §§ 43 bis 50 WPO, Rechtsanwälte: §§ 43 bis 59 der Bundesrechtsanwaltsordnung, Notare: §§ 14 bis 19 der Bundesnotarordnung, Patentanwälte: §§ 39 bis 52 der Patentanwaltsordnung.

2. Änderung durch das 4. StBerÄndG

2.1 Durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes ist § 10 Abs. 1 StBerG dahingehend erweitert worden, daß den zuständigen Stellen, insbesondere den Berufskammern und der für das berufsgerichtliche Verfahren zuständigen Staatsanwaltschaft, sämtliche Berufspflichtverletzungen mitgeteilt werden können.

Die Mitteilungsberechtigung beschränkt sich somit nicht mehr auf Pflichtverletzungen bei der geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuer-sachen. Sie erstreckt sich **vielmehr auch auf Berufspflichtverletzungen, die nicht unmittelbar bei der Berufsausübung begangen wurden** (z.B. Verfehlungen in eigenen Steuerangelegenheiten, Verstoß von Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten gegen das Verbot einer gewerblichen Tätigkeit oder einer nicht zu vereinbarenden Arbeitnehmertätigkeit (§ 57 Abs. 4 StBerG)).

2.2 Im Gegensatz zur bisherigen Regelung besteht allerdings keine Verpflichtung zur Mitteilung von Berufspflichtverletzungen mehr. Vielmehr haben die Finanzbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen (vgl. § 164a Abs. 1 StBerG i.V.m. § 5 AO) zu entscheiden, ob sie die verdachtsbegründenden und für die Ermittlung des Sachverhalts bedeutsamen Tatsachen den zuständigen Stellen mitteilen. Die Ermessensabwägung bei der Mitteilung setzt sowohl eine Wertung des unbestimmten Rechtsbegriffs „Berufspflicht“ (vgl. z.B. §§ 57 bis 66 StBerG) als auch eine Bewertung der Tatsachen und ihrer Bedeutung für ein Rügeverfahren (vgl. § 81 StBerG) oder berufs- oder ehrengerichtliches Verfahren voraus. Dabei ist folgendes zu beachten:

2.2.1 Nicht jede berufliche Fehlleistung stellt bereits eine Berufspflichtverletzung dar. Vielmehr muß der konkrete Verdacht bestehen, daß der **Berufsangehörige seine Pflichten vorsätzlich oder leichtfertig verletzt** hat. Bei offenkundig versehentlicher oder unverschuldeter Pflichtverletzung ist eine Mitteilung an die zuständigen Stellen daher grundsätzlich ermessensfehlerhaft.

2.2.2 Für die Mitteilung reicht ein Anfangsverdacht grundsätzlich nicht aus. Vielmehr muß ein **hinreichender Verdacht gegeben sein, der bei vorläufiger Tatbewertung eine spätere Ahndung oder Verurteilung wahrscheinlich macht** (vgl. § 203 StPO). Ist erkennbar, daß sich trotz der bekanntgewordenen Tatsachen und

tatsächlichen Umstände eine Berufspflichtverletzung nicht nachweisen lassen, muß eine Mitteilung unterbleiben.

2.2.3 Den zuständigen Stellen sind nur solche Pflichtverletzungen mitzuteilen, die aufgrund ihrer Gewichtigkeit für die Einleitung berufsrechtlicher Maßnahmen ausreichend erscheinen. In **Bagatellfällen** ist daher im allgemeinen von einer Mitteilung abzusehen. Eine Unterrichtung der zuständigen Stellen kommt hiernach insbesondere bei schwerwiegenden Berufspflichtverletzungen, die im Interesse der Integrität und der ordnungsgemäßen Berufsausübung des betroffenen Berufsstandes eine Ahndung erfordern, in Betracht.

2.2.4 Im Regelfall ist die Mitteilung an die zuständige Berufskammer zu richten.

2.2.5 Übt ein Steuerbevollmächtigter oder Steuerberater eine Tätigkeit als Arbeitnehmer aus, die mit seinem Beruf nicht vereinbar ist (§ 57 Abs. 4 Nr. 2 StBerG), liegt ein zwingender Grund zum Widerruf der Bestellung als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter vor (§ 46 Abs. 2 Nr. 1 StBerG). In diesem Fall ist daher sofortige Mitteilung zu machen.

3. Verfahren

3.1 Zuständigkeit der OFD

Im Interesse einer einheitlichen und gleichmäßigen Verfahrensweise wurde die Entscheidungsbefugnis, ob und inwieweit eine Mitteilung nach § 10 Abs. 1 StBerG zu erfolgen hat, der OFD übertragen. Die Finanzämter haben sich daher jeglicher unmittelbarer Mitteilungen an die Berufskammern oder an die für das ehrengerichtliche oder berufsgerichtliche Verfahren oder das Disziplinarverfahren zuständigen Stellen zu enthalten.

3.2 Bericht der Finanzämter an die OFD

3.2.1 Sobald nach den vorgenannten Grundsätzen (vgl. Tz. 2.2) der hinreichende Verdacht einer Berufspflichtverletzung besteht, wird gebeten, unter Beifügung der entscheidungserheblichen Unterlagen zu berichten (zweifach). In dem Bericht sind nur die für den Verdacht der Berufspflichtverletzung relevanten Tatsachen anzugeben. Der Bericht sollte möglichst so abgefaßt sein, daß er unverändert an die für die Verfolgung von Berufspflichtverletzungen zuständigen Stellen weitergeleitet werden kann.

Über die Mitteilung des objektiven Tatbestandes der Berufspflichtverletzung hinaus ist auch zu der Frage Stellung zu nehmen, woraus nach den Gesamtumständen auf schuldhaftes Verhalten geschlossen werden kann.

3.2.2 Bei Berichten über Pflichtverletzungen in eigenen Steuerangelegenheiten des Berufsangehörigen (vgl. § 57 Abs. 2 Satz 2 StBerG) ist außerdem anzugeben, welche steuerlichen Maßnahmen gegen den Berufsangehörigen ergriffen worden sind und ob der Betroffene sich auch bei der Erledigung der Steuerangelegenheiten seiner Mandanten pflichtwidrig verhalten hat.

3.3 Bericht durch die Bußgeld- und Strafsachenstellen

3.3.1 Wegen der meist besseren Kenntnis des Sachverhalts haben die Bußgeld- und Strafsachenstellen in den Fällen zu berichten, in denen sie mit der Sache befaßt sind. Die vorstehenden Ausführungen gelten insoweit entsprechend. Zu berichten ist bereits dann, wenn ein hinreichender Verdacht einer Berufspflichtverletzung besteht. Der Ausgang eines etwaigen Straf- oder Bußgeldverfahrens ist nicht abzuwarten.

3.3.2 Ausgenommen vom Verbot der unmittelbaren Mitteilung an die für die Verfolgung von Berufspflichtverletzungen zuständigen Stellen bleiben die Fälle des § 411 AO.

Im einzelnen wird gebeten, folgende Unterlagen vorzulegen.

3.3.3 Im Bußgeldverfahren

a) bei Pflichtverletzungen in eigener Sache: Durchschrift des Bußgeldbescheids und Ablichtungen etwaiger anschließender gerichtlicher Entscheidungen.

b) bei Pflichtverletzungen in Ausübung der geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen: Durchschrift der Mitteilung nach § 411 AO und einen anschließenden Bericht über den Ausgang des Verfahrens ggf. unter Beifügung einer Durchschrift des Bußgeldbescheids und Ablichtungen etwaiger anschließender gerichtlicher Entscheidungen.

3.3.4 In Steuerstrafsachen

bei Pflichtverletzungen in eigener Sache oder in Ausübung der geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen:

Durchschrift der Verfügung über die Einleitung eines Steuerstraßverfahrens, ggf. Durchschrift des Antrags auf Erlass eines Strafbefehls, zu gegebener Zeit einen Bericht über den Abschluß des Verfahrens unter Beifügung von Ablichtungen etwaiger gerichtlicher Entscheidungen.

4. Mitteilungen nach § 10 Abs. 2 StBerG

4.1 Nach § 10 Abs. 2 StBerG dürfen Gerichte und Behörden (und damit auch die Finanzämter) Informationen über natürliche und juristische Personen, die aus Sicht der übermittelnden Stelle

- für die Zulassung zur Prüfung, für die Befreiung von der Prüfung, für die Bestellung und Wiederbestellung, für die Rücknahme oder den Widerruf der Bestellung als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter,
- für die Anerkennung, für die Rücknahme oder den Widerruf der Anerkennung als Steuerberatungsgesellschaft oder als Lohnsteuerhilfeverein,
- für die Einleitung eines Rügeverfahrens oder eines berufsgerichtlichen Verfahrens zur Ahndung von Pflichtverletzungen (für die Finanzbehörde findet insoweit § 10 Abs. 1 StBerG Anwendung)

von Bedeutung sein können, der für die Entscheidung zuständigen Stelle übermitteln.

4.2 Ob und inwieweit eine bestimmte Information für die Einleitung oder Durchführung eines der in § 10 Abs. 2 StBerG genannten Verfahren erforderlich ist, kann letztlich nur die für die Einleitung oder Durchführung eines solchen Verfahrens zuständige Stelle kraft ihrer Sachkompetenz entscheiden. Es kommt nach § 10 Abs. 2 Satz 1 StBerG also nur darauf an, ob die Information „aus Sicht der übermittelnden Stelle“ von Bedeutung sein „könnte“.

5. Berichterstattung in Fällen des § 10 Abs. 2 StBerG

Die Ausführungen unter der Ziffer 3 finden analog auch für die Mitteilung nach § 10 Abs. 2 StBerG Anwendung. Häufig wird jedoch die Weitergabe von Informationen seitens der Finanzämter auf ein konkretes Ersuchen der zuständigen Stellen hin erfolgen.

6. Akteneinsicht

Nach § 10 Abs. 1 StBerG sind den genannten Stellen lediglich die verdachtsbegründenden

Tatsachen mitzuteilen. Gegen eine Einsichtnahme in Akten des Finanzamts durch einen Beauftragten der zuständigen Berufskammer im Zusammenhang mit einer Mitteilung über Berufspflichtverletzungen bestehen jedoch insoweit keine Bedenken, als die Kenntnis des Akteninhalts zur berufsrechtlichen Beurteilung des Sachverhalts erforderlich ist.

In Fällen des § 10 Abs. 2 Nr. 1 StBerG liegt die Gewährung einer Akteneinsicht im Ermessen der übermittelnden Stelle und ist nur insoweit zulässig, als die Informationen aus der Sicht der übermittelnden Stelle für die Zulassung zur Prüfung von Bedeutung sein könnten. Da dies regelmäßig nur auf einzelne Informationen aus dem gesamten Akteninhalt zutrifft, kommt hier nur eine Zurverfügungstellung dieser Informationen als Ablichtungen und keine Akteneinsicht in Betracht.

GI Leitsätze

Unerlaubte Rechtsbesorgung/Wirtschaftsprüfer, Steuerberater/Regreß wg. Amtspflichtverletzung

Unerlaubte Rechtsbesorgung eines Steuerberaters und Wirtschaftsprüfers liegt auch dann vor, wenn er Schadenersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung geltend macht, die eine Rechtsanwendung von Steuergesetzen betreffen. Dies gilt auch dann, wenn der Berechtigte die Schadenersatzansprüche an den Steuerberater und Wirtschaftsprüfer abgetreten hat, wobei es keine Rolle spielt, ob die Abtretung zur Sicherheit, erfüllungshalber oder an Erfüllung Statt erfolgte.

(OLG Nürnberg, Urt. v. 18.12.1996 - 4 U 3322/96, RBeistand 1998, 29)

Haftpflichtversicherung/Akteneinsicht/Strafverfahren

Ein Haftpflichtversicherer, der Einsicht in die Akten eines Strafverfahrens begehrt, da er den Akteninhalt zur Regulierung zivilrechtlicher Ansprüche benötigt, hat Anspruch auf Gewährung der Einsicht, obwohl eine diesbezügliche gesetzliche Regelung fehlt und die StPO die Akteneinsicht Dritter nur für die durch die Straftat Geschädigten vorsieht.

(LG Leipzig, Beschl. v. 9.3.1998 - 6 Qs 160/97, RBeistand 1998, 70)

Anwaltshaftung

- Regreß gg. Notar, Löschungsurkunde
- Verjährungsbeginn, § 852 BGB
- Anderweitige Ersatzmöglichkeit, Betreuungsgeschäft

(BGH, Urt. v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97)

Leitsätze:

1. Zum Begriff des „Auftraggebers“ i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO.

2. Auf die sogenannte Sekundärverjährung hat es keinen Einfluß, wenn der Mandant nach seinen Rechtskenntnissen die Möglichkeit eines Regreßanspruchs gegen den Rechtsanwalt und den Zeitpunkt der Verjährung eines solchen Anspruchs selbst hätte erkennen können.

3. Die Beauftragung eines Rechtsmittelanwalts, dem nicht auch die Aufgabe übertragen wird, einen etwaigen Regreßanspruch gegen den erstinstanzlichen Anwalt zu verfolgen, befreit diesen während des Mandats nicht von der Pflicht, bei gegebenem Anlaß sein eigenes Verhalten zu überprüfen und den Mandanten auf die Möglichkeit eines Regreßanspruchs gegen ihn und dessen Verjährung hinzuweisen.

Zum Sachverhalt:

Die Rechtsvorgängerin der Klägerin, eine Volksbank (im folgenden: Klägerin), hatte sich zur Absicherung eines von ihr an P. ausgereichten Zwischenfinanzierungskredits für einen Hauskauf von einer Bausparkasse die Rechte aus einem Teil der Bausparverträge abtreten lassen, die diese mit P. geschlossen hatte. Dabei war vereinbart, daß eine für die Bausparkasse an erster Rangstelle eingetragene Grundschuld auch zur Sicherung der Kreditforderung der Klägerin - im Rang nach den Ansprüchen der Bausparkasse - dienen sollte.

Im Jahre 1981 verkaufte P. das Grundstück. Mit der Abwicklung des Kaufvertrags wurde der beurkundende Notar C. beauftragt. Mit Schreiben vom 19.10.1981 ermächtigte die Bausparkasse den Notar, die für sie eingetragene Grundschuld löschen zu lassen, wenn der ihr zustehende Kreditbetrag an sie überwiesen werde und die Zustimmung der Klägerin vorliege. Dazu heißt es in dem Schreiben wörtlich: „Wir haben ... (die Klägerin) gebeten, Ihnen die erforderliche Zustimmungserklärung unter Bekanntgabe eventueller Auflagen einzureichen.“

Ohne daß der Notar und die Klägerin miteinander Kontakt aufnahmen, zahlte jener die der Bausparkasse und den nachrangigen Grundpfandrechtsgläubigern zustehenden Beträge aus; den danach verbleibenden Rest des Kaufpreises überwies er an P. Die Klägerin erhielt nichts; bei Berücksichtigung ihrer Forderung gegen P. hätte sie 72.902,14 DM bekommen. Die für die Bausparkasse eingetragene Grundschuld wurde ebenso wie die übrigen Grundpfandrechte im Grundbuch gelöscht.

Durch ein Schreiben von P. vom 30.5.1986 erfuhr die Klägerin von der Löschung der Grundschuld. Versuche, die Darlehensforderung gegen P. zu realisieren, blieben erfolglos. Mit Schreiben vom 13.6.1989 beauftragte die Klägerin die damals zwischen dem Beklagten zu 2) und dem im Laufe des Rechtsstreits verstorbenen Ehemann der Beklagten zu 1) – Vater des Beklagten zu 2) – bestehende Anwaltssozietät, unter anderem einen etwaigen Schadenersatzanspruch gegen den Notar „unter Einbeziehung der Verjährungsfrage“ zu prüfen und gegebenenfalls „baldmöglichst“ geltend zu machen. Der Beklagte zu 2), der die Sache bearbeitete, führte zunächst einen Schriftwechsel mit P. und dem von diesem beauftragten Rechtsanwalt. Am 27.2.1990 reichte er Klage gegen den Notar ein. Diese wurde wegen Verjährung rechtskräftig abgewiesen.

Die Klägerin verlangt im jetzigen Rechtsstreit, der durch einen am 9.12.1993 erlassenen Mahnbescheid eingeleitet worden ist, von den Beklagten Ersatz des ihr infolge des verlorenen Vorprozesses entstandenen Schadens, den sie einschließlich ihr entgangener Zinsgewinne und der Kosten des Prozesses gegen den Notar auf insgesamt 170.210,04 DM berechnet hat. Sie wirft ihnen vor, der Beklagte zu 2) habe ihr zustehende Schadenersatzansprüche gegen den Notar schuldhaft pflichtwidrig verjähren lassen. Das Landgericht hat der Klage in Höhe von 110.232,32 DM, das Berufungsgericht nur in Höhe von 52.287,77 DM stattgegeben.

Gegen die Abweisung ihrer weitergehenden Klage wendet sich die Klägerin mit der Revision. Der Senat hat das Rechtsmittel unter Berücksichtigung des der Klägerin vom Berufungsgericht angelasteten Mitverschuldens nur insoweit angenommen, als die Klage in Höhe von 39.596,50 DM nebst Zinsen abgewiesen worden ist.

Die Beklagten verfolgen mit der Anschlußrevision ihren Antrag auf vollständige Klageabweisung weiter.

Die Revision führt in Höhe eines Teilbetrages von 9.607,64 DM nebst Zinsen zur Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils und im übrigen Umfang der Annahme zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Aus den Gründen:

I.

Die Beklagten haben der Klägerin den entstandenen Schaden dem Grunde nach zu ersetzen. Der Beklagte zu 2) (im folgenden: Beklagter) hat seine Anwaltspflichten dadurch schuldhaft verletzt, **daß er einen gegen den Notar bestehenden Schadenersatzanspruch der Rechtsvorgängerin der Klägerin hat verjähren lassen.**

1. Der Klägerin stand gegen den Notar wegen schuldhafter Verletzung seiner Amtspflichten ein Schadenersatzanspruch zu. Dieser durfte, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, aufgrund des Schreibens der Bausparkasse vom 19.10.1981 von der ihm **übersandten Löschungsurkunde nur mit Zustimmung der Klägerin Gebrauch machen.** Die ihm insoweit übertragene Tätigkeit gehörte zu der von ihm übernommenen Abwicklung des beurkundeten Grundstückskaufvertrags. Hierbei handelte es sich entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts um ein **selbständiges Betreuungsgeschäft i.S.d. § 24 Abs. 1 BNotO** (vgl. BGH, Urt. v. 11.2.1983 – V ZR 300/81, DNotZ 1983, 509, 512; ferner Urt. v. 21.11.1996 – IX ZR 220/95, Gl 1997, 211 = WM 1997, 325, 326; Urt. v. 19.3.1998 – IX ZR 242/97, Gl 1998, 138 = ZIP 1998, 836, 837, z.V.b. in BGHZ 138, 179).

Die Weisung der Bausparkasse, die Grundschuld (nur) bei Vorliegen der dabei genannten Voraussetzungen löschen zu lassen, verpflichtete den Notar auch der Klägerin gegenüber, entsprechend dieser Weisung zu verfahren. Freilich beruht das nicht, wie das Berufungsgericht offenbar angenommen hat, auf einem „Vertrag“; der in der Weisung liegende „Auftrag“ löste vielmehr die dem Notar bei ihrer Ausführung obliegenden Amtspflichten aus. In den Schutzbereich dieser Pflichten war auch die Klägerin als „andere“ i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO einbezogen; denn der Notar sollte bei der Ausführung des „Auftrags“, die Grundschuld im Zuge der Abwicklung des Grundstückskaufvertrags löschen zu lassen, nach der ausdrücklichen Weisung der Bausparkasse auch die Interessen der Klägerin berücksichtigen.

sichtigen. Das hat das Berufungsgericht der Sache nach zutreffend dargelegt, und darüber besteht zwischen den Parteien kein Streit. **Die Klägerin hatte damit gegen den Notar Anspruch auf Ersatz des ihr durch den Verlust der dinglichen Absicherung ihres Kreditrückzahlungsanspruchs entstandenen Schadens.**

2. Der Schadenersatzanspruch gegen den Notar war noch nicht verjährt, als dem Beklagten im Juni 1989 das Mandat übertragen wurde.

a) Das Berufungsgericht hat dazu ausgeführt, die für den **Beginn der dreijährigen Verjährungsfrist nach § 852 Abs. 1 BGB maßgebliche Kenntnis vom Schaden und von der Person des Ersatzpflichtigen** habe die Klägerin noch nicht allein durch das Schreiben ihres Kreditnehmers vom 30.5.1986 erlangt, durch das sie von der Löschung der Grundsuld erfahren habe. **Da der Anspruch gegen den Notar nach § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO vorausgesetzt habe, daß keine anderweitige Ersatzmöglichkeit bestand, habe der Klägerin ein gewisser Zeitraum zur Verfügung gestanden, in dem sie hatte prüfen können, ob sich ihre Rückzahlungsansprüche gegen den Kreditnehmer noch ohne die ihr durch die Grundsudl Löschung entzogene Sicherung realisieren ließen.**

Im Juni 1986 habe die Klägerin, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, die für den Verjährungsbeginn erforderliche Kenntnis ohne ihr Verschulden noch nicht gehabt; vielmehr sei dies erst für Juli oder (spätestens) August 1986 anzunehmen. Bei Beauftragung des Beklagten im Juni 1989 habe somit die dreijährige Verjährungsfrist noch unterbrochen werden können. Der Beklagte sei gehalten gewesen, den sichersten Weg zu wählen und deshalb für eine Verjährungsunterbrechung zu sorgen. Bei Klageeinreichung im Februar 1990 sei es dafür zu spät gewesen.

b) Diese rechtliche Beurteilung greift die Anschlußrevision jedenfalls im Ergebnis zu Unrecht an.

aa) Nach § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO setzt die Haftung des Notars, wenn er seine **Amtspflicht nur fahrlässig verletzt** hat – für ein vorsätzliches Verhalten ergeben sich im vorliegenden Fall aus dem Prozeßstoff keine Anhaltspunkte –, voraus, daß der Geschädigte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag. Diese Einschränkung gilt aber nach dem zweiten Halbsatz dieser Bestimmung nicht bei Amtsgeschäften der in

den §§ 23, 24 BNotO bezeichneten Art „im Verhältnis zwischen dem Notar und dem Auftraggeber“.

Nach herkömmlicher und allgemeiner Auffassung ist Auftraggeber in diesem Sinne neben demjenigen, der den Notar um eine Amtstätigkeit ersucht, jeder, dem gegenüber dieser selbstständig und ausdrücklich Amtspflichten übernimmt. Dies hat der Bundesgerichtshof auch dann noch bejaht, wenn ein Notar sich auf Ersuchen einer Kapitalanlagegesellschaft an potentielle Anleger – ohne von diesen dazu aufgefordert worden zu sein – mit einer Erklärung wendet, die ihnen als Grundlage für bedeutsame Vermögensentscheidungen dienen soll (BGHZ 134, 100, 112 f. m.w.N. = GI 1997, 133). Im vorliegenden Fall hat der Notar unmittelbar der Klägerin gegenüber keine Amtspflicht übernommen; er hat zu ihr gerade keinen Kontakt aufgenommen und ihre nach der Weisung der Bausparkasse erforderliche Zustimmung zur Löschung der Grundsuld nicht eingeholt.

In Rechtsprechung und Schrifttum ist zunehmend eine Ausdehnung des Auftraggeberbegriffs zu beobachten (vgl. BGH, Urt. v.

11.2.1983, a.a.O.; Reithmann, DNotZ 1970, 5, 17; Haug, in: Seybold/Schippel, BNotO 6. Aufl.; Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rdnr. 94). Dies hat den Senat zu der Erwägung geführt, ob nicht eine Primärhaftung des Notars – also eine Haftung ohne die Möglichkeit, den Geschädigten auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit zu verweisen – allgemein dort geboten ist, wo ein Rechtsberater, der ein Geschäft i.S.d. §§ 24, 25 BNotO nicht als Notar besorgt, einem in den Schutzbereich eines solchen Vertrages einbezogenen Dritten ebenfalls für einen ihm dabei pflichtwidrig zugefügten Schaden einzustehen hätte.

Die selbständigen Betreuungstätigkeiten im Sinne der genannten Vorschriften der Bundesnotarordnung können auch von Privatpersonen auf vertraglicher Grundlage übernommen werden; insbesondere gehören solche Tätigkeiten zum Aufgabenkreis der Rechtsanwälte (vgl. § 24 Abs. 2 BNotO). Diese haften, wenn sie ihre Pflichten verletzen, auch Dritten gegenüber regelmäßig primär. Andererseits besteht in diesem Bereich kein besonderes Schutzbedürfnis des Notars; denn er kann die Ausführung solcher Aufträge ablehnen.

Die Regelung in § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO geht auf die inhaltlich gleiche Bestimmung des

§ 21 Abs. 1 Satz 3 der Reichsnotarordnung vom 13.2.1937 (RGBl I, S. 191) zurück. Vor deren Inkrafttreten war die Notarhaftung nicht durch ein Reichsgesetz geregelt. Sie richtete sich deshalb nach den einzelnen Landesrechten. Diese – insbesondere auch das preußische – ordneten im allgemeinen die Betreuungsgeschäfte, auch wenn sie von einem Notar wahrgenommen wurden, als sogenannte „Rechtskundigentätigkeiten“ dem privaten Vertragsrecht zu; so verstand sie jedenfalls das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung (grundlegend RGZ 49, 269, 273 f; vgl. auch die Nachweise bei Seybold/Hornig, RNotO 1937, § 21 Anm. 1 1; Grunau, DNotZ 1937, 529, 539; Daimler, Die Prüfungs- und Belehrungspflicht des Notars 1939, § 33 Rdnr. 2; Daimler/Reithmann, Die Prüfungs- und Belehrungspflicht des Notars 4. Aufl., Rdnr. 253; Haug, Die Amtshaftung des Notars 2. Aufl., Rdnr. 201).

Die durch die Reichsnotarordnung bewirkte Einbeziehung jener Notartätigkeiten in den öffentlich-rechtlichen Bereich hatte auf der einen Seite zur Folge, daß nunmehr für sie die Haftungsregel des § 21 Abs. 1 Satz 1 RNotO galt, wonach der Notar jedem „anderen“, dem gegenüber ihm eine Amtspflicht oblag, bei deren Verletzung zum Schadenersatz verpflichtet war. Andererseits wäre aber die damals noch unmittelbar für die notariellen Amtsgeschäfte geltende Vorschrift des § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB nunmehr auch auf die bis dahin einer privatrechtlichen Haftung unterliegenden Betreuungsgeschäfte anzuwenden gewesen.

Diese Auswirkungen lassen vor dem Hintergrund der früheren Rechtslage trotz des Fehlens von Gesetzesmaterialien Schlüsse darauf zu, was der Gesetzgeber der Reichsnotarordnung mit der Regelung in § 21 Abs. 1 Satz 3 bezweckt hat. Bis dahin war die Haftung des Notars im Bereich der Betreuungsgeschäfte als solche vertraglicher Art primär ausgestaltet. Das hatte Oberneck in der 1929 – also acht Jahre vor dem Inkrafttreten der Reichsnotarordnung – erschienenen 8.–10. Auflage seines Buches „Das Notariatsrecht“ noch besonders betont: „Nach Vertragsrecht dagegen“ (nämlich im Gegensatz zur Subsidiärhaftung nach § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB) „ist die Haftung eine **prinzipale**“ (a.a.O., S. 146; Hervorhebung im Original).

Mit der Einführung der Subsidiärhaftung auch in diesem Bereich wäre die Rechtsstellung eines bei einem derartigen Geschäft durch eine Pflichtverletzung des Notars geschädigten „Auftraggebers“ geschwächt worden. Das wollte der Ge-

setzgeber der Reichsnotarordnung vermeiden; darauf hat der Senat schon an anderer Stelle hingewiesen (BGHZ 134, 100, 112 = GI 1997, 133; Urt. v. 19.3.1998 – IX ZR 242/97, WM 1998, 921, 922 = GI 1998, 138). Der Gesetzgeber hat deshalb die Amtshaftung bei den selbständigen Betreuungsgeschäften insoweit prinzipiell in Annäherung an vertragliche Grundsätze ausgestaltet. Das betonen ausdrücklich Seybold/Hornig (a.a.O., § 21 Anm. 1 1: „die Ausnahme von der Verweisungsmöglichkeit ... bedeutet im Ergebnis eine gewisse Annäherung an die bisherige Rechtsprechung des Reichsgerichts“) und Daimler/Reithmann (a.a.O., Rdnr. 253: „in der Tat steht die Betreuungstätigkeit dem Privatrecht näher als dem öffentlichen Recht. Alle Betreuungstätigkeiten können auch von Privatpersonen ausgeführt werden. Beim Anwaltsnotar ist die Unterscheidung zwischen notarieller und anwaltlicher Betreuungstätigkeit kaum zu treffen ...“).

Auf der anderen Seite hatte die nunmehr öffentlich-rechtliche Ausgestaltung der Betreuungstätigkeiten der Notare aber nach der Vorstellung der Gesetzesverfasser insoweit auch eine Ausweitung der Notarhaftung zur Folge. Auch das läßt sich aus dem vor dem Inkrafttreten der Reichsnotarordnung bestehenden Rechtszustand erschließen. Oberneck hatte das alte Recht in diesem Zusammenhang wie folgt erläutert: „Die Haftung nach Amtsrecht ist in anderer Richtung allerdings eine **härtere** als die nach Vertragsrecht. ... Während die Haftung nach Vertragsrecht nur zugunsten des anderen Vertragsteils eintreten kann, **haftet** der Notar nach Amtsrecht **jedem**, der durch eine Täuschung in dem Vertrauen auf die richtige Handhabung der amtlichen Einrichtung durch Schuld des Beamten bzw. des Notars einen Schaden erleidet. **Der Kreis dieser sogenannten Dritten** ist vom Reichsgericht sehr weit gezogen worden ...“ (a.a.O., S. 147 f; Hervorhebungen im Original).

Daß dies damals so gesehen wurde, ergibt sich auch aus einer noch im Jahre 1937 erschienenen Erläuterung des neuen Rechts: „Über den Kreis der sonst vertraglich Schadenberechtigten hinaus gewährt § 839 BGB einen Schadenersatzanspruch allen denjenigen, denen gegenüber dem Notar eine Amtspflicht obliegt ...“ (Grunau, DNotZ 1937, 455, 472). Soweit die Rechtsstellung des Geschädigten durch die nunmehr angeordnete Geltung der Amtshaftungsregeln über die Vertragshaftungsgrundsätze hinaus gestärkt wurde, erschien eine Primärhaftung unter dem Gesichtspunkt, den Geschädigten nicht schlechterzustellen als nach Vertragsrecht, nicht erforderlich.

Dies alles erklärt die Beschränkung der Aufhebung der Verweisungsmöglichkeit – und damit der Primärhaftung – auf das Verhältnis des Notars zum „Auftraggeber“.

Die Regelung der Haftung des Notars auf dem Gebiet der selbständigen Betreuungsgeschäfte in § 21 Abs. 1 Satz 3 RNotO und sodann in § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO **dürfte somit auf folgendem Grundgedanken beruhen:** Der Anwendungsbereich der Haftungsbeschränkung durch die **Subsidiaritätsklausel** soll aus Gründen der Gleichbehandlung von im entscheidungserheblichen Sachverhalt gleichliegenden Fällen auf solche Tatbestände von Pflichtverletzungen eingegrenzt werden, die, **wenn sie nicht nach Amtshaftungsgrundsätzen zu beurteilen wären, schon nach allgemeinen zivilrechtlichen Regeln nicht zu einer Haftung führen würden.** Der Gesetzgeber der Reichsnotarordnung hätte damit – unbewußt, aber der Sache nach – im Bereich der notariellen Betreuungsgeschäfte eine Forderung erfüllt, die erst später ganz allgemein im Amtshaftungsrecht erhoben worden ist und auch heute noch erhoben wird (vgl. *RGRK-BGB/Kreft* 12. Aufl., § 839 Rdnr. 490; *MünchKomm-BGB/Papier* 3. Aufl., § 839 Rdnr. 299).

Der Einwand der anderweitigen Ersatzmöglichkeit soll nach dieser Meinung nur dort zulässig sein, wo der Amtsträger Pflichten verletzt, die nur als öffentlich-rechtliche denkbar sind, die also im Zusammenhang mit der betreffenden Tätigkeit eine Privatperson nicht treffen könnten. Die Rechtsprechung hat diesem Anliegen für die Fälle der Teilnahme eines Amtsträgers am allgemeinen Straßenverkehr (*BGHZ* 68, 217, 220 ff) und der als hoheitliche Aufgabe ausgestatteten Straßenverkehrssicherungspflicht (*BGHZ* 75, 134, 136 ff; 118, 368, 370 ff; 123, 102, 104 ff) Rechnung getragen.

Der Senat hat weiter erwogen, ob dieser nach der Entstehungsgeschichte naheliegende Grundgedanke der Regelung in § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO dazu führen könnte, die nach dem Gesetzeswortlaut durch den Hinweis auf das „Verhältnis zwischen dem Notar und dem Auftraggeber“ bewirkte Beschränkung der im Bereich der Betreuungsgeschäfte grundsätzlich bestehenden Primärhaftung mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Rechtsentwicklung als im wesentlichen überholt anzusehen.

Als die Reichsnotarordnung geschaffen wurde, galt der Grundsatz, daß – vom „echten“ Vertrag zugunsten Dritter abgesehen – nur die am Ver-

tragsschluß Beteiligten aus der Verletzung von Vertragspflichten Rechte herleiten können. Das Reichsgericht erkannte zwar bereits in bestimmten Fällen an, daß neben den Vertragsparteien auch Dritte durch die Vertragsabreden geschützt sein und aus der Verletzung solcher Vertragspflichten eigene Ansprüche herleiten können (vgl. *RGZ* 87, 64, 65; 87, 289, 292; 91, 21, 24; 102, 231, 232 f; 127, 218, 219 ff; 152, 175, 176). Diese Rechtsprechung nahm in den betreffenden Fällen einen Vertrag zugunsten eines Dritten an.

Erst seit Ende der fünfziger Jahre haben Rechtsprechung und Rechtswissenschaft das Rechtsinstitut des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter entwickelt (*BGH*, *Urt. v. 15.5.1959* – VI ZR 109/58, *NJW* 1959, 1676 f; *BGHZ* 49, 350, 353 f; *Gernhuber, Festschrift Nikisch*, 1958, S. 249; *Larenz, NJW* 1960, 77, 78 ff). Wie weit dabei der jeweils geschützte Personenkreis zu ziehen ist, richtet sich nach der etwaigen Drittbezogenheit der Leistung und ist eine Frage der (ergänzenden) Vertragsauslegung (*BGHZ* 56, 269, 273; *BGH*, *Urt. v. 26.11.1986* – IVa ZR 86/85, *WM* 1987, 257, 259 m.w.N.). **Der Begriff des „anderen“ i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO** – ebenso wie der des „Dritten“ i.S.d. § 839 Abs. 1 Satz 1 BGB – **richtet sich demgegenüber zwar nach dem Zweck, dem die jeweilige Amtspflicht dient; es kommt darauf an, ob diese den Schutz des Dritten bezweckt oder mitbezweckt** (*BGH*, *Urt. v. 28.9.1959* – III ZR 92/58, *DNotZ* 1960, 157).

Das dürfte in der Sache jedoch keinen wesentlichen Unterschied zur Bestimmung des Kreises vertraglich geschützter Dritter bedeuten. Auch nach § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO kommt es entscheidend darauf an, ob das Interesse des Dritten nach der besonderen Natur des Amtsgeschäfts von diesem berührt wird (*BGHZ* 58, 343, 353; *BGH*, *Urt. v. 11.2.1983, a.a.O., S. 511*). Bei Tätigkeiten i.S.d. §§ 23, 24 BNotO wird der Kreis der geschützten Personen durch den Inhalt des „Auftrags“ konkretisiert und kann dadurch unter Umständen im Vergleich zu Urkundsgeschäften eingeschränkt sein (*KG, DNotZ* 1978, 182, 183). Es trifft zwar zu, daß sich der Kreis der geschützten Personen gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO vornehmlich nach objektiven Kriterien bestimmt. Das ist aber beim Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter nicht grundsätzlich anders (vgl. *MünchKomm-BGB/Gottwald, a.a.O., § 328 Rdnr. 81*).

Auf der anderen Seite gilt die hier erforderliche Voraussetzung, daß die Einbeziehung Dritter

und die damit für den Schuldner verbundene Haftungserweiterung erkennbar sein muß (BGHZ 133, 168, 173 m.w.N.), wegen der Begrenzung des geschützten Personenkreises durch den Inhalt des „Auftrags“ auch bei den Betreuungsgeschäften i.S.d. §§ 24, 25 BNotO. Sollte es gleichwohl Fälle geben, in denen eine Primärhaftung des Notars weiter ginge als etwa die Haftung eines Rechtsanwalts bei Übernahme der gleichen Tätigkeit, so könnte daran gedacht werden, das Privileg der Subsidiärhaftung im Bereich der Betreuungsgeschäfte auf solche Fallgestaltungen zu beschränken.

bb) Wie die vorstehend aufgeworfenen Fragen zu beantworten sind und ob etwa diese Erwägungen wenigstens dazu führen könnten, als „Auftraggeber“ auch bei Fehlen eines irgendwie gearteten Kontakts zum Notar solche Personen anzusehen, deren Interessen zu wahren dem Notar – wie hier – vom „Ansprechenden“ aufgegeben worden ist, braucht für den vorliegenden Fall indessen nicht entschieden zu werden. Hier kommt es nur darauf an, ob der Schadenersatzanspruch gegen den Notar bereits verjährt war, als die Klägerin den Beklagten im Juni 1989 mit der Prüfung und Durchsetzung des Anspruchs beauftragte.

Das wäre zwar grundsätzlich der Fall gewesen, wenn dieser Anspruch nicht voraussetzte, daß ein anderweitiger Ersatzanspruch nicht bestand. Denn dann wäre der Anspruch gegen den Notar sogleich mit der von diesem pflichtwidrig veranlaßten Löschung der Grundschuld entstanden. Ob er bestehenblieb oder später möglicherweise dadurch entfiel, daß sich die durch das Grundpfandrecht gesicherte Darlehensforderung gegen P. anderweitig durchsetzen ließ, wäre für den Zeitpunkt der Schadenentstehung ohne Bedeutung gewesen (vgl. BGHZ 100, 228, 231; 114, 150, 152; 119, 69, 70 f.). Da die Klägerin von der Löschung bereits durch das Schreiben P.'s vom 30.5.1986 erfuhr, hätte sie, wenn man dies als ausreichend ansähe, damit die nach § 852 Abs. 1 BGB erforderliche Kenntnis erlangt, und der Anspruch gegen den Notar wäre, als die Klägerin mit ihrem Schreiben vom 13.6.1989 den Beklagten beauftragte, bereits verjährt gewesen.

Indessen konnte die Kenntnis vom Verlust der Sicherungsgrundschuld bei den hier bestehenden Besonderheiten auch dann nicht als ausreichend erachtet werden, wenn der Notar der Klägerin ohne Verweisungsmöglichkeit haftete. **Es ist zwar im allgemeinen nicht erforderlich,**

daß der Geschädigte aus den ihm bekannten Tatsachen die zutreffenden rechtlichen Schlüsse zieht. Jedoch kann bei unübersichtlicher oder zweifelhafter Rechtslage Unkenntnis den Verjährungsbeginn hinausschieben (BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, WM 1993, 251, 259 = GI 1993, 117; v. 24.2.1994 – III ZR 76/92, NJW 1994, 3162, 3164). So wäre es im hier zu entscheidenden Fall gewesen.

Nach allem, was aus der Sicht der Klägerin der Rechtsprechung und den Äußerungen im Schrifttum zu entnehmen war, konnte „Auftraggeber“ i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2 BNotO nur jemand sein, mit dem sich der Notar in der betreffenden Angelegenheit zumindest in Verbindung gesetzt hatte. Daran fehlte es hier. **Die Kenntnis davon, daß in einem Fall wie dem vorliegenden trotzdem die Haftung des Notars nicht nach dem Subsidiaritätsprinzip eingeschränkt sei, hätte, wenn das tatsächlich so gewesen wäre, damals von der Klägerin nicht erwartet werden können** (vgl. für einen ähnlichen Fall auch BGH, Urt. v. 25.2.1999 – IX ZR 30/98, z.V.b.).

Es bleibt deshalb dabei, daß die Verjährung des Ersatzanspruchs gegen den Notar erst im Juli oder August 1986 begann und der Beklagte deshalb bei seiner Beauftragung im Juni 1989 noch die Möglichkeit gehabt hätte, für eine Unterbrechung der Verjährung zu sorgen.

II.

Das Berufungsgericht hat die Klage, soweit die Klägerin Ersatz ihres Zinsschadens für die Zeit vom 1.11.1981 bis zum 31.10.1990 verlangt, überwiegend und, soweit sie – über die erstinstanzlichen Kosten hinaus – Ersatz der ihr im Vorprozeß erwachsenen Kosten der Berufungs- und der Revisionsinstanz beansprucht, insgesamt für unbegründet gehalten. Das greift die Revision mit Erfolg an.

1. Die Klägerin hat den auf 64.534,10 DM berechneten und beziffert eingeklagten **Zinsschaden** für die Zeit vom 1.11.1981 bis zum 31.10.1990 durch „Vorlage der fortlaufend im Hause der Klägerin geführten Berechnungen über den Passivzinsaufwand und Erläuterung dieser Berechnung durch einen nachzubennenden Sachbearbeiter“ unter Beweis gestellt und dabei auf den – aus den beigezogenen dortigen Prozeßakten ersichtlichen – Vortrag des Beklagten als ihren Prozeßbevollmächtigten im Rechtsstreit gegen den Notar verwiesen. Dort hieß es in der

Klageschrift, zu dem Verlust der Forderung gegen P. komme „noch der entgangene Gewinn, da die Klägerin mit dem ihr zustehenden Geldbetrag nicht arbeiten konnte“.

Das Landgericht hat der Klage nur den auf 4.556,38 DM berechneten Zinsschaden für die Zeit vom 1.8.1989 (Zeitpunkt, in dem die Klageerhebung gegen den Notar möglich gewesen wäre) bis zum 31.10.1990 zugesprochen und im übrigen ausgeführt, die Klägerin habe nicht dargetan, „weshalb ihr im damaligen Prozeß bereits seit 1.11.1981 Zinsen zugestanden haben sollen“.

In der Berufungsbegründung hat die Klägerin dazu erklärt, der Zinsanspruch gegen den Notar sei als Schadenersatzanspruch begründet, **weil sie bei rechtzeitiger Auskehrung des Verkaufserlöses mit dem Geld hätte arbeiten können**. Das Berufungsgericht hat die Berufung in diesem Punkt mit der Begründung zurückgewiesen, die Klägerin habe auch in der Berufungsinstanz nicht hinreichend substantiiert dargetan, weshalb ihr die bereits seit dem 1.11.1981 geltend gemachten Zinsen zustehen sollten.

Diese Behandlung des Zinsschadenkomplexes ist, wie die Revision mit Recht rügt, verfahrensfehlerhaft. Aus dem Vortrag der Klägerin ergibt sich ohne weiteres, daß sie den bezifferten **Zinsbetrag als entgangenen Gewinn (§ 252 BGB)** verlangt. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **kann eine Geschäftsbank den ihr infolge Vorenthaltens eines Geldbetrags entgangenen Gewinn abstrakt in der Weise berechnen, daß sie die im fraglichen Zeitraum üblichen Sollzinsen zugrunde legt, wobei sie, wenn sie verschiedene Geschäftsarten betreibt, den Schaden nach dem Durchschnittssollzins zu berechnen hat** (BGHZ 62, 103, 105 ff; 104, 337, 344 ff). **Bei der Berechnung des Durchschnittsgewinns kommen der Bank die Darlegungs- und Beweiserleichterungen des § 287 ZPO und des § 252 BGB zu Hilfe.**

Auf dieser Grundlage hätte das Berufungsgericht dem Beweisantritt der Klägerin nachgehen und jedenfalls den als Zeugen benannten Sachbearbeiter vernehmen müssen. Daß die Klägerin diesen noch nicht namentlich benannt hatte, ist unschädlich; die Revision weist darauf zutreffend hin (vgl. BGH, Urt. v. 6.11.1997 - I ZR 102/95, WRP 1998, 377, 380 m.w.N.). **Zumindest hätte der Klägerin, falls sich eine hinreichende Aufschlüsselung ihres Aktivgeschäftsvolumens nicht ergeben hätte, der marktübliche Zinssatz der An-**

lageart zuerkannt werden müssen, die den geringsten Zinsertrag bringt; die marktüblichen Sollzinsen für die einzelnen Anlagearten lassen sich der Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank entnehmen (BGHZ 104, 337, 348).

2. Das Berufungsgericht hat die Beklagte für verpflichtet gehalten, der Klägerin die erstinstanzlichen Kosten des Rechtsstreits gegen den Notar zu ersetzen, dies für die in den Rechtsmittelinstanzen entstandenen Kosten jedoch verneint. Tatsächlich haben die Beklagten, wie die Revision mit Recht geltend macht, für die gesamten Kosten jenes Prozesses einzustehen.

a) Die Beklagten vertreten in ihrer Revisionserwidrerung freilich die Ansicht, sie hafteten schon für die Kosten der ersten Instanz nicht. Sie berufen sich darauf, daß sie in den Tatsacheninstanzen vorgetragen hätten, der Beklagte habe von einer Klageerhebung gegen den Notar abgeraten. Indessen trifft schon dies nicht zu. In dem von der Revisionserwidrerung bezeichneten Schriftsatz vom 2.5.1994 heißt es lediglich, der Beklagte habe die Erfolgsaussichten der Klage für gering gehalten und den Vorstand der Klägerin darauf hingewiesen. In diesem Zusammenhang ist in jenem Schriftsatz ausgeführt, es habe nach Absprache zwischen dem Vorstand und dem Beklagten im Prozeß gegen den Notar davon ausgegangen werden sollen, daß die Verjährung erst nach dem negativen Ergebnis einer Besprechung mit dem Anwalt des Schuldners P. am 11.10.1989 begonnen habe.

Die Haftung der Beklagten beruht darauf, daß der Beklagte zu 2) es verschuldet hat, daß die Ansprüche gegen den Notar verjährt sind. In einem solchen Fall liegt es nicht außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit, daß der Geschädigte auch bei nur geringen Erfolgsaussichten versucht, die gefährdeten Ansprüche gerichtlich doch noch durchzusetzen. **Der Zurechnungszusammenhang ist nur dann durchbrochen, wenn in ungewöhnlicher oder unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingegriffen und damit eine weitere Ursache gesetzt wird, die den Schaden erst herbeiführt** (BGH, Urt. v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93, WM 1994, 2162, 2163 = GI 1995, 3; v. 10.10.1996 - IX ZR 294/95, WM 1997, 72, 76 = GI 1997, 62).

Davon kann hier auch auf der Grundlage des von den Beklagten vorgetragenen Sachverhalts jedenfalls deswegen keine Rede sein, weil der Beklagte zu 2) danach der Klägerin nicht ernstlich von der Klageerhebung abgeraten hat.

b) Einen Anspruch der Klägerin auf **Ersatz der ihr in den Rechtsmittelinstanzen des Prozesses gegen den Notar entstandenen Kosten** hat das Berufungsgericht mit der Begründung verneint, mit der Beauftragung der Berufungs- und Revisionsanwälte sei ein eigenständiger Pflichten- und Verantwortungsbereich entstanden, mit dem der Beklagte, auch wenn er entsprechend der Behauptung der Klägerin Korrespondenzanwalt geblieben sein sollte, nichts mehr zu tun gehabt habe.

Dagegen wendet sich die Revision mit Erfolg. Zu der Belastung der Klägerin mit den Kosten jenes Prozesses ist es, wie bereits erwähnt, gekommen, weil infolge des Anwaltsfehlers des Beklagten nicht rechtzeitig die Verjährung unterbrochen worden ist. Die verspätete Klage hat der Beklagte selbst für die Klägerin erhoben, ohne von der Führung des Prozesses abgeraten zu haben. Daß er die Erfolgsaussichten der Klage für gering gehalten haben will, beseitigt, wie ebenfalls bereits dargelegt, seine Verantwortung nicht.

Es ist nach dem schon oben Gesagten eine dem Beklagten zuzurechnende Folge des von ihm begangenen Fehlers, daß der Prozeß nach Unterliegen der Klägerin in erster Instanz in den Rechtsmittelzügen fortgeführt und auch dort verloren wurde. Ob das anders zu beurteilen wäre, wenn er nach dem erstinstanzlichen Prozeßverlust von der Weiterverfolgung des Anspruchs abgeraten und sich von der Fortführung des Rechtsstreits in den höheren Instanzen distanziert hätte, mag hier auf sich beruhen, weil der Beklagte einen solchen Sachverhalt nicht vorgetragen hat. Auf die Frage, inwieweit der Beklagte als Korrespondenzanwalt das Prozeßgeschehen in den höheren Instanzen beeinflusst hat, kommt es bei dieser Sachlage nicht an.

3. Die Beklagten wenden sich mit ihrer Anschlußrevision dagegen, daß das Berufungsgericht der Klägerin den Ersatzanspruch wegen der – erstinstanzlichen – Kosten des gegen den Notar geführten Prozesses in vollem Umfang und nicht wegen des ihr im Verhältnis zum Notar zur Last fallenden Mitverschuldens nur zur Hälfte zugesprochen hat. Damit können sie keinen Erfolg haben. **§ 254 BGB ist unanwendbar, wenn die Verhütung des entstandenen Schadens dem Schädiger allein oblag** (BGHZ 96, 98, 101 m.w.N.). Die Beurteilung der Frage, inwieweit ein Anspruch gegen den Notar bestand und ob ein solcher bereits verjährt war, war allein Sache des Beklagten.

III.

Die Ansprüche der Klägerin gegen die Beklagten waren, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, bei Erlaß des Mahnbescheids am 9.12.1993 nicht verjährt. Die dagegen gerichteten Angriffe der Anschlußrevision der Beklagten sind unbegründet.

1. Allerdings trat, wie auch das Berufungsgericht gesehen hat, die Verjährung nach dem damals noch geltenden § 51 (jetzt § 51b) BRAO an sich spätestens Ende August 1992 ein; **denn sie beginnt, wenn, wie hier, infolge einer schuldhaften Pflichtverletzung des Rechtsanwalts eine Verjährungsfrist versäumt worden ist, mit Eintritt der Verjährung. Mit ihm ist der Schaden entstanden** (BGH, Urt. v. 14.7.1994, a.a.O., S. 2164), **worauf es nach § 51/51b BRAO grundsätzlich ankommt.** Das Mandat des Beklagten bestand Ende August 1989, als der Anspruch gegen den Notar spätestens verjäherte, noch fort.

2. Nach den weiteren Ausführungen des Berufungsgerichts begann jedoch auf der Grundlage der vom Bundesgerichtshof zur sogenannten **Sekundärverjährung** entwickelten Grundsätze (grundlegend BGHZ 94, 380, 386 ff) mit Ablauf jener primären Verjährungsfrist Ende August 1992 die Verjährung erneut, weil der Beklagte vor diesem Zeitpunkt **Anlaß gehabt habe, sein eigenes Verhalten zu überprüfen und die Klägerin auf die Möglichkeit eines Regreßanspruchs gegen sich selbst hinzuweisen**, dies jedoch nicht getan habe. Dazu habe bereits Veranlassung bestanden, als der Notar in seiner Klageerwidderung vom 2.5.1990 die Verjährungseinrede erhoben habe; erst recht habe der Beklagte eine solche Überprüfung vornehmen müssen, als die Klage durch das Urteil des Landgerichts B. vom 5.12.1990 wegen Verjährung abgewiesen worden sei.

Die Richtigkeit dieser rechtlichen Beurteilung ziehen die Beklagten zu Unrecht in Zweifel.

a) Mit der Anschlußrevision wird geltend gemacht, ein Sekundäranspruch sei deswegen nicht entstanden, weil das Mandat des Beklagten mit Abschluß der ersten Instanz des Prozesses gegen den Notar beendet gewesen sei und danach bis zum Eintritt der Primärverjährung im Juli/August 1992 noch genügend Zeit bestanden habe, die Klägerin auf etwaige Regreßansprüche gegen den Beklagten hinzuweisen; dies zu tun sei Sache der für die Berufungsinstanz bestellten Prozeßbevollmächtigten gewesen.

Diese Ansicht ist nicht zutreffend. **Der Rechtsanwalt, der einen konkreten Anlaß hat, sein Verhalten auf von ihm begangene Fehler zu überprüfen, braucht zwar nicht sofort danach den Mandanten auf die Möglichkeit eines Regreßanspruchs gegen sich selbst und dessen Verjährung hinzuweisen; es genügt, wenn er dies so rechtzeitig tut, daß die Verjährung noch unterbrochen werden kann.** Wird jedoch das Mandat – nach Eintritt eines konkreten Überprüfungsanlasses – beendet, so muß der Anwalt den Hinweis im Rahmen der Abwicklung des Mandats erteilen (BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 100/95, WM 1996, 2066, 2068 f = GI 1996, 301, zur Steuerberaterhaftung).

Das Berufungsgericht hat zwar nicht festgestellt, wann das Mandat des Beklagten endete. Jedenfalls aber bestand es bis zur Beauftragung der Berufungsanwälte. Sollte es, wovon die Anschlußrevision offenbar ausgeht, damit erloschen sein, dann bestand die Hinweispflicht schon zu diesem Zeitpunkt.

Diese Pflicht entfiel nicht sogleich deswegen wieder, weil die Klägerin nunmehr von den für die Berufungsinstanz beauftragten Rechtsanwälten vertreten wurde. Eine solche Rechtsfolge tritt nur dann ein, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung gerade wegen der Frage, ob der Anwalt ihm durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, für diesen erkennbar anderweitig anwaltlich beraten wird (BGH, Urt. v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, WM 1992, 579, 581 f = GI 1992, 71; v. 29.4.1993 – IX ZR 101/92, WM 1993, 1508, 1510 = GI 1993, 260; v. 28.9.1995 – IX ZR 227/94, WM 1996, 33, 34 = GI 1995, 273, zur Steuerberaterhaftung).

Daß im vorliegenden Fall die Berufungsanwälte auch damit beauftragt gewesen wären, einen Regreßanspruch gegen den Beklagten (und dessen mit ihm sozialisierten Vater) geltend zu machen, ist weder festgestellt noch vorgetragen. Allerdings ist ein Rechtsanwalt verpflichtet, seinen Mandanten auch bei eingeschränktem Mandat vor Gefahren, die ihm bekannt oder für ihn offenkundig sind, zu warnen, wenn er Grund zu der Annahme hat, daß sich der Mandant der ihm drohenden Nachteile nicht bewußt ist (BGH, Urt. v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96, NJW 1997, 2168, 2169 = GI 1997, 185; v. 9.7.1998 – IX ZR 324/97, WM 1998, 2246, 2247 = GI 1998, 237).

Es ist hier nicht zu entscheiden, ob sich daraus ergibt, daß ein für einen höheren Rechtszug bestellter Prozeßbevollmächtigter den Mandan-

ten für den Fall des Prozeßverlustes auf die Möglichkeit eines Schadenersatzanspruchs gegen den erstinstanzlichen Anwalt und die dafür geltende Verjährungsfrist dann hinweisen muß, wenn sich ihm aufdrängen muß, daß jener einen Fehler begangen hat.

Die Voraussetzungen einer solchen, das eigentliche Mandat sprengenden Warnpflicht sind jedenfalls wesentlich enger als die Pflicht des Anwalts, über einen möglichen Regreß gegen sich selbst wegen Verletzung seiner Mandatspflichten zu belehren. Jene Warnpflicht ist deshalb kein ausreichender Ersatz für diese letztgenannte Hinweispflicht; damit entfällt der Grund dafür, den Rechtsanwalt von der Pflicht zur Belehrung über eigene Fehler bereits von dem Augenblick an zu entbinden, in dem ein anderer Anwalt die Tätigkeit seines Vorgängers fortsetzt.

b) Die Beklagten meinen weiter, eine Pflicht des Beklagten zu 2), die Klägerin auf etwaige Ansprüche gegen sich selbst und auf die insoweit laufende Verjährungsfrist hinzuweisen, habe deswegen nicht bestanden, weil **die Klägerin, deren Vorstandsmitglied R. ein Volljurist gewesen sei, selbst über das nötige Fachwissen verfügt habe und deshalb nicht belehrungsbedürftig gewesen sei; jedenfalls treffe sie an der Versäumung der Verjährungsfrist ein Mitverschulden.**

Dem kann nicht gefolgt werden. Die Erfüllung der mit dem Anwaltsmandat verbundenen Pflichten obliegt allein dem Rechtsanwalt. **Der Mandant muß auch dann, wenn er über eine juristische Vorbildung verfügt, darauf vertrauen können, daß der beauftragte Anwalt die anstehenden Rechtsfragen fehlerfrei bearbeitet, ohne daß eine Kontrolle notwendig ist.** Deshalb kommt ein Mitverschulden auch eines rechtskundigen Mandanten grundsätzlich nicht in Betracht, soweit es um die rechtliche Bearbeitung des dem Anwalt anvertrauten Falles geht (BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91, NJW 1992, 820 = GI 1992, 259; v. 17.11.1994 – IX ZR 208/93, WM 1995, 212, 213 f = GI 1996, 85).

Das gleiche gilt für die sich aus dem Anwaltsvertrag ergebende Pflicht zur Aufklärung des Mandanten über die Möglichkeit eines Regreßanspruchs und über die dafür geltende Verjährungsfrist. Es würde zudem eine nicht hinnehmbare Rechtsunsicherheit in das Verjährungsrecht hineinragen, wenn die Länge der Verjährungsfrist davon abhinge, ob der Rechtsanwalt

den Umfang der Rechtskenntnisse des Mandanten richtig eingeschätzt hat. **Die Hinweispflicht entfällt deshalb nur dann, wenn der Anwalt aufgrund konkreter Umstände davon ausgehen darf, daß der Mandant wegen der Haftungsfrage anderweitig anwaltlich beraten wird oder auf andere Weise von dem Regreßanspruch und dessen Verjährung Kenntnis erhalten hat** (BGH, Urt. v. 21.9.1995, a.a.O.; Urt. v. 28.9.1995, a.a.O.).

c) Schließlich wird in der Revisionserwiderung geltend gemacht, der Beklagte habe deswegen keinen Anlaß gehabt, sich über einen etwa von ihm begangenen Fehler Gedanken zu machen, weil – das trifft in der Tat zu – das Landgericht B. die Klage mit der Begründung abgewiesen habe, die Klägerin habe die erforderliche Kenntnis auch insoweit schon am 1.5.1986 gehabt, als es um die fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit ging. Sei das richtig gewesen, dann sei der Anspruch gegen den Notar bereits vor der Beauftragung des Beklagten verjährt gewesen.

Auch in diesem Punkt kann der Revisionserwiderung jedoch nicht zugestimmt werden. Wann jene Kenntnis vorlag, war nicht leicht zu beurteilen. Zwischen dem vom Landgericht angenommenen Zeitpunkt und dem 11.10.1989, den der Beklagte damals im Prozeß für maßgeblich erklärte, lag auch der Zeitraum von Juni 1986 bis Februar 1987; der Ablauf einer daran anknüpfenden dreijährigen Frist fiel in den Zeitraum, in dem der Beklagte als von der Klägerin beauftragter Anwalt für die rechtzeitige Unterbrechung der Verjährung zu sorgen hatte.

Dies war Anlaß genug, die Frage, was richtig war und ob ihn, den Beklagten, ein Versäumnis traf, spätestens nach Erlaß des erstinstanzlichen Urteils einer nochmaligen Überprüfung zu unterziehen. Letztlich läuft die Ansicht der Revisionserwiderung darauf hinaus, den Beklagten treffe an der unrichtigen Beurteilung der Verjährungsfrage kein Verschulden.

Das ist aber, wie bereits das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, schon deswegen nicht richtig, weil er, wenn der Verjährungszeitpunkt ihm ungewiß erschien, den sichersten Weg hätte gehen und entsprechend der Anregung der Klägerin in ihrem Schreiben vom 13.6.1989 den Regreßanspruch gegen den Notar „baldmöglichst“ durch Klageerhebung hätte geltend machen müssen.
(...)

Fristenkontrolle

- Vorfristsache
- Prüfungspflicht des Rechtsanwalts
(BGH, Urt. v. 9.3.1999 – VI ZB 3/99)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt muß Akten, die ihm am Vorfristtag als Vorfristsache vorgelegt werden, nicht sofort bearbeiten und auch die von seinem Büropersonal notierte Frist zur Begründung eines Rechtsmittels nicht sofort überprüfen.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin hat gegen das ihr am 14.8.1998 zugestellte Urteil des Landgerichts mit einem am 11.9.1998 beim Oberlandesgericht eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt. Ihre Berufungsbegründung mit Datum vom 13.10.1998 ist dort am 15.10.1998 eingegangen.

Mit einem dem Oberlandesgericht am 22.10.1998 zugewandten Schriftsatz hat die Klägerin gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung beantragt. Zur Begründung hat sie vorgetragen, die Büroangestellte T., die in der Kanzlei ihres Prozeßbevollmächtigten allgemein mit der Berechnung und Notierung von Fristen beauftragt sei, habe bei Einlegung der Berufung mit Schriftsatz vom 9.9.1998 als Postausgangstag den 10.9.1998 notiert und davon ausgehend den 11.10.1998 als mutmaßliches Ende der Berufungsbegründungsfrist festgehalten.

Sodann habe das Oberlandesgericht mit Schreiben vom 14.9.1998 mitgeteilt, daß die Berufung am 11.9.1998 eingegangen sei; dieses Schreiben habe den Eingangsstempel vom 18.9.1998 erhalten. Als T. nunmehr die endgültige Frist für die Berechnung habe bestimmen wollen, habe sie versehentlich den 18.9.1998 als Eingang der Berufung zugrunde gelegt und dementsprechend das Ende der Begründungsfrist fälschlich auf den 18.10.1998 notiert. Als Vorfrist habe sie den 12.10.1998 eingetragen, und an diesem Tage seien dem Prozeßbevollmächtigten die Akten auch als Vorfristsache vorgelegt worden. Dieser habe dann am folgenden Tag, dem 13.10.1998, die Berufungsbegründung angefertigt.

Das Oberlandesgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen.

Nach seiner Auffassung trifft den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin ein eigenes Verschulden an der Versäumung der Begründungsfrist, weil er seiner Pflicht zur Fristenkontrolle bei Vorlage der Akten nicht nachgekommen sei. Wäre dies geschehen, hätte er den Irrtum der Büroangestellten entdecken und die Berufung am selben Tage fristgerecht begründen können, denn am 12.10.1998, einem Montag, sei die Berufungsbegründungsfrist noch nicht abgelaufen gewesen.

Gegen diese Entscheidung wendet sich die Klägerin mit der sofortigen Beschwerde, mit der sie geltend macht, es habe für ihren Prozeßbevollmächtigten keine Veranlassung bestanden, die ihm auf Vorfrist vorgelegten Akten sofort zu bearbeiten und die Frist zu überprüfen.

II.

Das Rechtsmittel ist begründet.

Das Berufungsgericht hat zu Unrecht die Voraussetzungen einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß § 233 ZPO verneint, weil den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin ein eigenes Verschulden an der Versäumung der Begründungsfrist treffe. Die verspätete Einreichung der Berufungsbegründung beruht vielmehr ausschließlich auf einem Versehen der Büroangestellten T., das sich die Klägerin nicht zuzurechnen lassen braucht.

1. Im Ansatz nimmt das Berufungsgericht zwar zutreffend an, daß sich ein Rechtsanwalt grundsätzlich auf die Fristnotierungen durch eine zuverlässige und geschulte Bürokraft verlassen kann, daß er aber eigenverantwortlich den Ablauf der Rechtsmittelbegründungsfrist überprüfen muß, wenn ihm die Akten zur Bearbeitung vorgelegt werden (ständige Rechtsprechung, vgl. *Senatsbeschl. v. 14.1.1997 - VI ZB 24/96, VersR 1997, 598 m.w.N.*).

Der Senat hat jedoch wiederholt entschieden, daß der Rechtsanwalt Akten, die ihm wie hier als **Vorfristsache** vorgelegt werden, nicht sofort bearbeiten muß (*Beschl. v. 27.5.1997 - VI ZB 10/97, VersR. 1997, 1253; v. 15.4.1997 - VI ZB 11/97; vgl. auch Senatsbeschl. v. 1.7.1997 - VI ZB 19/97*). Er ist infolgedessen entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts auch nicht verpflichtet, die Frist nach Aktenvorlage sofort zu überprüfen. **Die Vorfrist hat gerade den Sinn, einem Rechtsanwalt einen gewissen zeitlichen Spielraum zur Bearbeitung bis zum endgültigen Ablauf der Frist zu lassen.**

Im vorliegenden Fall bestand, wie die Klägerin glaubhaft gemacht hat, in der Kanzlei ihres Prozeßbevollmächtigten die Übung, bei Rechtsmittelfristen eine Vorfrist von mindestens einer Woche vor Ablauf der Frist einzutragen. Es kann daher nicht beanstandet werden, wenn der Rechtsanwalt – wie hier – die Bearbeitung der ihm als Vorfristsache vorgelegten Akten erst am Tage nach Vorlage in Angriff nimmt und dabei die Fristen überprüft (*Senatsbeschl. v. 15.4.1997 a.a.O.*).

2. Es kommt daher entgegen der Annahme des Berufungsgerichts nicht darauf an, ob der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin bei sofortiger Fristenkontrolle am 12.10.1998 den Irrtum hätte bemerken und die Berufungsbegründungsfrist noch hätte wahrnehmen können. Daß er selbst die fehlerhafte Fristnotierung bei der Bearbeitung am folgenden Tage, dem 13.10.1998, nicht bemerkt und deshalb die Begründung erst am 15.10.1998 bei Gericht eingereicht hat, ist für die Fristversäumung nicht ursächlich geworden und hat daher außer Betracht zu bleiben.

3. Da die Klägerin im übrigen glaubhaft gemacht hat, daß ihr Prozeßbevollmächtigter seinen Pflichten zur Kontrolle der ihm als zuverlässig bekannten Kanzleiangestellten T. nachgekommen ist, muß die angefochtene Entscheidung aufgehoben und die nachgesuchte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden.

Steuerberaterhaftung

- Aufdeckung stiller Reserven, § 6b EStG
 - Alternativentscheidung
 - Kausalität
 - Anscheinsbeweis für beratungskonformes Handeln
- (BGH, Urt. v. 10.12.1998 – IX ZR 358/97)

Leitsatz:

Zur haftungsausfüllenden Kausalität bei rechtsgestaltender Steuerberatung.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte betreute die Eltern der Kläger, deren Erben diese sind, seit 1981 in ihren steuerlichen Angelegenheiten. Im Jahre 1967 hatte der Vater der Kläger auf der Grundlage der Bestimmungen des § 6b EStG einen aus dem Verkauf

eines Hotelgrundstücks erzielten Veräußerungsgewinn von rund 1,633 Mio. DM auf ein neu angeschafftes Hausgrundstück übertragen. Hierbei handelte es sich um ein Wohn- und Geschäftshaus mit zwölf Wohnungen und vier Ladenlokalen.

Der Vater der Kläger betrieb darin von 1967 bis 1981 ein Reinigungsunternehmen. Außerdem übte die Mutter der Kläger dort im Namen ihres Ehemannes einen Kunstgewerbehandel aus. Nach ihrem Tod im Mai 1987 wurde ein Ausverkauf durchgeführt. Im Juli 1987 wurde das Ladenlokal für den Betrieb einer Modeboutique vermietet.

Nach dem Tod des Vaters im Jahre 1989 erließ das Finanzamt aufgrund einer Betriebsprüfung einen Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1987, in dem der Ausverkauf als Betriebsaufgabe mit der Folge behandelt wurde, daß die Differenz zwischen dem Verkehrswert des Grundstücks und dem um den Veräußerungsgewinn aus dem Jahre 1967 verminderten Buchwert als Aufgabegewinn zu versteuern war. Insgesamt wurden Einkommen- und Kirchensteuern von 908.393 DM festgesetzt. Der Einspruch, den die Kläger gegen den Bescheid einlegten, blieb erfolglos; über die beim Finanzgericht erhobene Klage ist noch nicht entschieden.

Die Kläger verlangen vom Beklagten Schadenersatz. Sie werfen ihm vor, sein damaliger Mitarbeiter S. habe ihren Vater nicht oder nicht ausreichend über die steuerlichen Folgen einer Betriebsaufgabe und über Gestaltungsmöglichkeiten, durch die sie hätten vermieden werden können, aufgeklärt.

Sie haben einen Betrag von 184.561,89 DM, den sie nach ihrer Behauptung zur Finanzierung der festgesetzten Steuerschuld aufgewandt haben, eingeklagt und Feststellung beantragt, daß der Beklagte ihnen sämtlichen Schaden zu ersetzen habe, der ihnen aus der „Aufdeckung der stillen Reserven (§ 6b EStG 1967) per Mai 1987“ entstanden sei.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Das Berufungsgericht hat sie „dem Grunde nach (für) gerechtfertigt“ erklärt. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils.

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Aus den Gründen:

I.

Die Revision rügt allerdings zu Unrecht, das Berufungsgericht habe unzulässigerweise nicht nur den bezifferten Zahlungsanspruch, sondern auch den Feststellungsanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Der Urteilsauspruch legt zwar ein solches Verständnis nahe. Die Entscheidungsgründe lassen jedoch in Verbindung mit dem schriftsätzlichen Vorbringen der Kläger erkennen, daß das Berufungsgericht den Feststellungsanspruch nicht nur dem Grunde nach, sondern insgesamt für begründet erklären wollte (vgl. zu einer solchen Auslegung BGHZ 7, 331, 333 f; BGH, Urt. v. 14.2.1995 – VI ZR 272/93, NJW 1995, 1611, insoweit in: BGHZ 129, 6 n. abgedr.).

Der bezifferte Zahlungsanspruch betrifft, wie sich aus der von den Klägern mitgeteilten Berechnung des Klagebetrages ergibt, nur den konkret dargelegten Zinsschaden, der ihnen nach ihrer Behauptung durch die Begleichung der festgesetzten Steuerschuld entstanden sein soll. Der eigentliche Steuerschaden kann danach nur vom Feststellungsanspruch erfaßt sein.

In den Entscheidungsgründen des Berufungsurteils ist aber gerade dargelegt, daß den Klägern ein Anspruch auf Ersatz dieses Schadens zustehe. Zwar wird sodann die Zurückverweisung an das Landgericht damit begründet, daß noch ermittelt werden müsse, welche Kosten durch die vom Berufungsgericht aus Steuersparnisgründen für geboten gehaltene Übertragung des Grundbesitzes auf eine noch zu gründende Gesellschaft entstanden wären. Aber eine solche Feststellung des Schadenumfanges war schon zur Berechnung des davon abhängigen Zinsschadens erforderlich. Daß auch die Entscheidung über den Feststellungsanspruch von der Höhe des entstandenen Steuerschadens abhängig gemacht werden sollte, ist nach dem Gesamtinhalt der Entscheidungsgründe nicht anzunehmen.

II.

In der Sache selbst hat die Revision jedoch Erfolg.

1. Im Ergebnis nicht zu beanstanden ist freilich die Annahme des Berufungsgerichts, **daß der Vater der Kläger jedenfalls nicht in ausreichendem Maße über Möglichkeiten, eine Aufdeckung**

und Versteuerung des vom Buchwert nicht gedeckten tatsächlichen Werts des bisherigen Betriebsgrundstücks zu vermeiden, aufgeklärt worden sei.

Dabei ist das Berufungsgericht zutreffend davon ausgegangen, daß derjenige, der einen Steuerberater wegen fehlerhafter oder unzureichender Beratung auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, die behauptete Pflichtverletzung zu beweisen hat. Etwaige Schwierigkeiten, mit denen der Beweis eines in einem Unterlassen bestehenden Verhaltens verbunden sein kann, sind dadurch auszugleichen, daß der Steuerberater zunächst im einzelnen darzulegen hat, in welcher Weise er seine Beratungspflichten erfüllt haben will; **begnügt er sich statt dessen mit einem bloßen Bestreiten, so gilt das Vorbringen des Mandanten als zugestanden** (BGH, Urt. v. 11.5.1995 - IX ZR 130/94, WM 1995, 1500, 1501; v. 4.6.1996 - IX ZR 246/95, WM 1996, 1841, 1842 = GI 1996, 221).

Allerdings hätte das Berufungsgericht – darin hat die Revision recht – auf eine unzureichende Erfüllung der Beratungspflichten nicht daraus schließen dürfen, daß die Aussage des in beiden Vorinstanzen vernommenen Zeugen S. unergiebig gewesen sei; dieser war seinerzeit Angestellter des Beklagten und als solcher für die Betreuung der Eltern der Kläger zuständig. Auch wenn nicht der Beklagte persönlich, sondern jener Zeuge die behaupteten Beratungsgespräche geführt hat, wird dieser dadurch nicht zur Partei des Rechtsstreits. Dafür, ob der Beklagte seiner Darlegungslast genügt hat, ist allein sein Sachvortrag maßgeblich.

Indessen ergibt sich bereits aus dem eigenen Vorbringen des Beklagten, **daß der Vater der Kläger nicht ausreichend über die zur Verfügung stehenden Gestaltungsmöglichkeiten und deren Vor- und Nachteile belehrt worden ist**. S. hat danach von sich aus lediglich zwei solche Möglichkeiten – Fortführung des Gewerbebetriebs der Mutter durch die Klägerin zu 1) und „Selbstnutzung“ des Gebäudes zu Wohnzwecken – erwähnt, die aber, wie er selbst nach dem Vortrag des Beklagten bereits damals erkannte und auch deutlich machte, entweder aus tatsächlichen Gründen nicht zu verwirklichen oder mit erheblichen rechtlichen Risiken belastet waren.

Die weitere Möglichkeit der Einbringung des Gewerbebetriebs in eine Kapitalgesellschaft soll der an den damaligen Besprechungen beteiligte Kläger zu 2) ins Gespräch gebracht haben. Der

Beklagte hat dazu nur vorgetragen, S. habe diese Variante für wirtschaftlich nicht sinnvoll gehalten, **weil durch eine solche Maßnahme die „Entstrickung“ des Grundstücks nur in die Zukunft verschoben und die Steuerlast wegen des Wertzuwachses vergrößert werde**. Dieses Vorbringen läßt indessen nicht erkennen, daß S. den damals offenbar für den Vater handelnden Kläger zu 2) über alle Vor- und Nachteile eines derartigen Weges aufgeklärt hat, so daß dieser sie eigenverantwortlich abwägen und auf dieser Grundlage seine Entscheidung treffen konnte. Eine solche umfassende Beratung war erforderlich. **Daß der Kläger zu 2) selbst Jurist ist und damals bei der Finanzverwaltung tätig war, ändert daran nichts** (vgl. BGH, Urt. v. 17.11.1994 - IX ZR 208/93, WM 1995, 212, 213 f m.w.N.).

Damit erweist sich die Annahme des Berufungsgerichts, der Beklagte, der sich das Verhalten seines Angestellten gemäß § 278 BGB zurechnen lassen muß, habe seine Beratungspflicht nicht ausreichend erfüllt, letztlich als richtig.

2. Es fehlt jedoch, wie die Revision zutreffend beanstandet, an einer verfahrensfehlerfreien Feststellung, daß der in der Steuerbelastung liegende Schaden bei pflichtgemäßer Beratung nicht eingetreten wäre. Das Berufungsgericht hat dazu nur ausgeführt, bei zutreffender Belehrung hätte der Vater der Kläger sich im Zweifel „für eine jener Gestaltungsmöglichkeiten“ – gemeint sind offenbar die vom Sachverständigen genannten – entschieden, mit denen die Aufdeckung und Besteuerung der stillen Reserven vermieden worden wäre; den dahingehenden Anscheinsbeweis habe der Beklagte nicht entkräftet.

Das reicht in einem Fall wie dem vorliegenden zur Feststellung des Ursachenzusammenhangs zwischen Pflichtwidrigkeit und entstandenem Schaden nicht aus. Dem insoweit grundsätzlich beweispflichtigen Mandanten kann zwar die Beweisführung nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises erleichtert sein. **Ein Anscheinsbeweis für ein beratungsgemäßes Verhalten kommt aber nur dann in Betracht, wenn ein bestimmter Rat geschuldet war und es in der gegebenen Situation unvernünftig gewesen wäre, diesen Rat nicht zu befolgen** (BGHZ 123, 311, 314 f = GI 1994, 3; BGH, Urt. v. 9.11.1995 - IX ZR 161/94, WM 1996, 71, 73 = GI 1996, 3).

Die Regeln des Anscheinsbeweises sind dagegen unanwendbar, wenn unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verschiedene Entscheidungen

ernsthaft in Betracht kommen und die Aufgabe des Beraters lediglich darin besteht, dem Mandanten durch die erforderlichen fachlichen Informationen eine sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen.

Der vom Berufungsgericht hinzugezogene Sachverständige hat zwar die ihm gestellte Frage, ob durch die Einbringung des Betriebs in eine zu diesem Zweck zu gründende Gesellschaft die Entstehung und Versteuerung eines Aufgabegewinns hätte vermieden werden können, im Grundsatz bejaht. Er hat aber auch auf die bei der Entscheidung für eine solche Gestaltung zu bedenkenden Nachteile hingewiesen.

Diese bestehen bei der **Einbringung** in eine **GmbH** vor allem darin, daß eine Kapitalgesellschaft **gewerbesteuerpflichtig** ist und **vermögensteuerepflichtig** war. Ferner geht durch die Einbringung des Grundvermögens in eine solche Gesellschaft der Vorteil, **den Aufgabegewinn zu einem ermäßigten Steuersatz versteuern zu können, verloren**. Das führt im Fall einer etwaigen späteren Veräußerung zu einer Besteuerung nach dem normalen Steuersatz, und zwar unter Zugrundelegung einer bis dahin möglicherweise eingetretenen weiteren Wertsteigerung. Schließlich wären nach den Ausführungen des Sachverständigen die bei Gründung einer GmbH und Übertragung des Grundstücks auf die Gesellschaft entstandenen **Gründungskosten** sowie die **Grunderwerbsteuer** zu berücksichtigen gewesen.

Ähnliche Nachteile hat der Sachverständige für die Einbringung in eine gewerblich geprägte Personengesellschaft aufgezeigt. Er hat aus seiner Erfahrung berichtet, daß aus diesen Gründen manche Mandanten die sofortige Versteuerung des Aufgabegewinns vorziehen. **In der Fachliteratur ist die Auffassung vertreten worden, daß sich jedenfalls eine GmbH in der Regel nicht als „Auffanggesellschaft“ anbiete** (Ehlers, DStZ 1987, 557, 561).

Darüber hinaus war unter den hier gegebenen Umständen ein Versuch, die Betriebszugehörigkeit des Grundstücks durch Einbringung in eine Gesellschaft zu „verewigen“, mit nicht unerheblichen **rechtlichen Risiken** behaftet. **Die Fortführung der Buchwerte setzte nach § 20 UmwStG voraus, daß der Betrieb als solcher eingebracht wurde.** Erforderlich ist dazu die Übertragung aller wesentlichen Betriebsgrundlagen auf die Gesellschaft; die Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter genügt nicht (Dehmer, Umwandlungs-

gesetz/Umwandlungssteuergesetz 2. Aufl., § 20 UmwStG, Rdnr. 6 f; vgl. auch BFH, BStBl II 1982, 707, 709 f und 1992, 380 f).

Ob von den wesentlichen Grundlagen eines „Betriebs“ noch gesprochen werden kann, wenn, wie es hier der Fall gewesen wäre, gar nicht beabsichtigt ist, den bisherigen Betrieb durch die neu zu gründende Gesellschaft fortzuführen, ist zumindest nicht unzweifelhaft. Wenn auch eine neu gegründete Gesellschaft später den bisherigen Betrieb aufgeben und sich beispielsweise auf die Grundstücksvermietung beschränken konnte – auch dies hätte bei ihr zu gewerblichen Einkünften geführt –, so bleibt es doch dabei, daß die Anwendung des § 20 UmwStG zunächst einmal die Einbringung des ursprünglichen „Betriebs“ erforderte.

Der Beklagte hat ferner behauptet, die Mutter der Kläger habe mit ihrem Kunstgewerbehandel schon seit Jahren ausschließlich Verluste erwirtschaftet. Trifft das zu, wovon mangels abweichender Feststellungen für die Revisionsinstanz auszugehen ist, so bestand die **Gefahr, daß die Finanzverwaltung anlässlich der Gründung einer eigenen Gesellschaft für die verlustbringende Tätigkeit besonders sorgfältig prüfte, ob die Gesellschaftsgründung einen wirtschaftlichen Sinn hatte oder nicht vielmehr ausschließlich der Steuerersparnis diene.**

Berücksichtigt man all diese Umstände, so kann keine Rede davon sein, daß die Gründung einer Gesellschaft in der damaligen Situation die einzige vernünftige Entscheidung gewesen wäre. Die Regeln des Anscheinsbeweises sind deshalb zur Beantwortung der Frage, wie sich der Vater der Kläger bei umfassender Beratung verhalten hätte, nicht anwendbar.

Honorar des Steuerberaters

- Vorschußzahlungen
- Rückforderungen, § 812 BGB
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 5.3.1998 – 13 U 84/97)

Leitsatz (d. Red.):

Wird vom Steuerberater die vertraglich zugesagte Leistung nicht erbracht, können vom Mandanten Vorschußzahlungen wegen ungerechtfertigter Bereicherung zurückgefordert werden.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist teilweise begründet.

Der Beklagte ist gemäß § 812 Abs. 1 BGB verpflichtet, an die Klägerin 38.111 DM zu zahlen. Die weitergehende Hauptforderung ist dagegen unbegründet.

I.

Die Klägerin kann die Ansprüche der vormaligen K.-GmbH i.G. gegen den Beklagten gerichtlich geltend machen. Im Rahmen der nach der Auflösung der Vorgesellschaft durchgeführten Auseinandersetzung hat sie deren Vermögen, damit auch die hier erhobenen Ansprüche, erworben.

Allerdings ist vor allem in der Literatur umstritten, ob nach der **Auflösung einer in Gründung befindlichen GmbH** die Vorschriften über die Abwicklung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (§§ 730 ff BGB) oder die über die Abwicklung einer aufgelösten GmbH (§§ 66 ff GmbHG) zur Anwendung gelangen. Im Schrifttum (*Baumbach/Hueck, GmbHG, § 11 Rdnr. 27 m.w.N.*) wird überwiegend die Auffassung vertreten, die vom Bundesgerichtshof in anderem Zusammenhang stets betonte Eigenart und Nähe der Vorgesellschaft zur künftigen GmbH spreche für die Heranziehung der §§ 66 ff GmbHG.

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung (BGHZ 51, 30), von der abzuweichen der Senat keinen Anlaß sieht, ist jedoch das für Personengesellschaften geltende Liquidationsrecht (§§ 730 ff BGB, §§ 145 ff HGB) entsprechend anzuwenden. Der Bundesgerichtshof hat an dieser Auffassung noch im Urteil vom 13.12.1982 (BGHZ 86, 122 = NJW 1983, 876) festgehalten, also nach der grundlegenden Entscheidung vom 9.3.1981 (BGHZ 80, 129 = NJW 1981, 1373), in der die Tendenz zum Ausdruck gekommen ist, die Vorgesellschaft einer rechtsfähigen GmbH möglichst gleichzustellen.

Wenn die Abwicklung – wie hier – entsprechend den §§ 730 ff BGB vollzogen worden ist, dann steht dies im Einklang mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung und muß schon aus Gründen der Rechtssicherheit als möglicher Weg der Liquidation anerkannt werden.

Die Gesellschafterinnen der K.-GmbH i.G. **haben mit ihrem Beschluß vom 20.8.1996, den geschlossenen Gesellschaftsvertrag aufzuheben, die Vorgesellschaft aufgelöst. Nach der Auf-**

lösung hat entsprechend § 730 Abs. 1 BGB die Auseinandersetzung unter den Gesellschaftern stattzufinden. Gegenstand dieser Auseinandersetzung ist aber die Übertragung des Gesellschaftsvermögens auf die Klägerin.

II.

Die Klägerin kann vom Beklagten die Rückzahlung von 38.111 DM beanspruchen. In Höhe der darüber hinaus geltend gemachten und vom Landgericht auch zuerkannten 3.530,50 DM ist die Klage nicht begründet.

1. Rechnung A vom 13.8.1995 über 7.877,50 DM – Rechnung B vom 13.8.1995 über 2.150,50 DM

Mit den vorbezeichneten Rechnungen hat der Beklagte Honorare von der Firma ... und von den Eheleuten ... eingefordert. **In keiner der Rechnungen geht es um Steuerberaterleistungen, die für die Klägerin und ihren Ehemann erbracht worden sind.** Die hilfsweise erklärte Aufrechnung geht mithin ins Leere.

Die Behauptung des Beklagten, der Zeuge ... habe ihn ausdrücklich im Namen und in Vollmacht der K.-GmbH i.G. ermächtigt, den Rechnungsbetrag zu Lasten des Gesellschaftskontos zu buchen, ist nicht erheblich. Die Gesellschafterinnen der Gründungsgesellschaft haben dem Zeugen eine solche Vollmacht nicht erteilt. Eine solche ist nach dem tatsächlichen Vorbringen auch nicht aus dem **Gesichtspunkt des Rechtscheins** anzunehmen.

Der Beklagte kann sich schließlich nicht auf die im Schreiben des Steuerberaters ... vom 22.4.1996 geäußerte Absicht, den Betrag der Rechnung B als Gesellschaftsdarlehen zu verbuchen, berufen. Dazu sollte es nur kommen, wenn die von diesem Steuerberater „angestrebte(n) Regelung“ getroffen worden wäre, zu der insbesondere die Rückzahlung der vom Beklagten zu Unrecht abgebuchten Beträge gehörte. Die ins Auge gefaßte Regelung ist nicht erreicht worden, die eingezogenen Beträge sind vielmehr Gegenstand der Klage.

Allerdings hat der Beklagte, wie der von der Klägerin überreichte Kontoauszug per 16.8.1995 belegt, für beide Rechnungen lediglich einen Betrag von 5.888 DM abbuchen lassen. Bereits im Schriftsatz vom 28.1.1997 hatte die Klägerin die Klage um die Differenz in Höhe von 1.989,50 DM zur Rechnung A reduziert und angekündigt, einen weiteren Abbuchungsbeleg, der sich auf

die Rechnung B beziehen sollte, vorzulegen. Das ist jedoch nicht geschehen. Der Beklagte hat folglich lediglich 5.888 DM zurückzuzahlen. In Höhe des Differenzbetrages von 2.150 DM ist die Klage unbegründet.

2. Rechnung vom 8.9.1995 über 2.725,50 DM

Mit dieser Rechnung hat der Beklagte vom Ehemann der Klägerin, dem Zeugen ..., das Honorar für die Fertigung der Einkommensteuererklärungen 1992–1994 verlangt. **Diese Forderung kann der Beklagte gegenüber dem Rückzahlungsanspruch der Klägerin nicht zur Aufrechnung stellen. Eine solche ist nach § 387 BGB nur bei Leistungen möglich, die zwei Personen einander schulden. Schuldner des Honoraranspruchs und Gläubiger des Rückzahlungsanspruchs sind jedoch verschiedene Personen.** Daß die vorbezeichnete Rechnung auch Leistungen enthält, die für die Klägerin erbracht worden sind, behauptet der Beklagte nicht. An der vormaligen K.-GmbH i.G. war die Klägerin ohnehin nicht beteiligt.

3. Rechnung vom 28.8.1995 über 7.992,50 DM

Die Rechnung ist zwar an die K.-GmbH i.G. adressiert, mit ihr werden aber unstreitig Leistungen eingefordert, **die die in Konkurs geratene ... betreffen.** Soweit der Beklagte sich wiederum auf das ausdrückliche Einverständnis des Zeugen ... mit der Abbuchung beruft, ist auf die Ausführungen unter II. 1. zu verweisen.

4. Rechnung vom 28.8.1995 über 1.644,50 DM – Rechnung vom 28.8.1995 über 1.690,50 DM

Der Beklagte hat mit diesen Rechnungen das Honorar für Leistungen verlangt, die für die Firma ... und für die Eheleute ... erbracht worden sind. Das Einverständnis des Zeugen ... mit der Abbuchung vom Konto der K.-GmbH i.G. ist, wie bereits dargelegt, nicht ausreichend.

5. Rechnungen vom 27.7.1995 bis 2.2.1996

Die Klägerin hat vorgetragen, der Beklagte habe die in diesen Rechnungen **berechneten Leistungen, nämlich die Buchführung und die Fertigung einer Bilanz, nicht erbracht. Diesem Sachvortrag ist der Beklagte nicht substantiiert entgegengetreten. Es mag sein, daß die Parteien die Zahlung von Vorschüssen vereinbart haben. Wird die vertraglich zugesagte Leistung aber nicht erbracht, sind die vorab gezahlten Beträge zurückzuerstatten.**

Auskunftshaftung

- Erklärung zur Zahlungsbereitschaft und Rechtsnachfolge
- Zurechnungszusammenhang
- Zeitablauf
- Mitverschulden, Klage nach zwei Jahren (OLG Jena, Urt. v. 4.8.1998 – 8 U 391/98)

Leitsatz (d. Red.):

Die leichtfertige Auskunft eines Steuerberaters zur angeblichen Rechtsnachfolge und Zahlungsbereitschaft eines Mandantenunternehmens hat nach zwei Jahren gegenüber dem Auskunftsempfänger kein schutzwürdiges Vertrauen mehr. Es fehlt am Zurechnungszusammenhang zwischen der Auskunft und dem Handeln des Empfängers.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin begehrt von den Beklagten Schadenersatz wegen einer unrichtig erteilten Auskunft.

Die Klägerin belieferte in 1991 das Lebensmittelgeschäft der J. mit Waren des täglichen Bedarfs. Nachdem die hieraus sich ergebenden Kaufpreisforderungen nicht beglichen wurden, setzte sich Anfang 1992 das Steuerberatungsbüro des Beklagten zu 2), in dem der Beklagte zu 1) als Mitarbeiter tätig ist, im Auftrag der Frau J. mit der Klägerin in Verbindung und bat zunächst um Übersendung eines aktuellen Kontoauszuges. Mit Schreiben vom 11.5.1992 forderte die Klägerin den Beklagten auf mitzuteilen, ob die Forderung in Höhe von 76.262,54 DM anerkannt wird und wie und wann mit Zahlungen zu rechnen sei.

In einem durch den Beklagten zu 1) unterzeichneten Schreiben des Steuerbüros vom 19.5.1992 wurde der Klägerin sodann folgendes mitgeteilt:

„Ich beziehe mich auf die in Ihrem oben genannten Brief nochmals aufgeführte Hauptforderung der Frau J. Hierzu teile ich Ihnen folgendes mit:

- Die OHG L. als Rechtsnachfolger der Firma J., vertreten durch die Gesellschafter U. und S., ist grundsätzlich zahlungsbereit.
- Abschlagszahlungen werden in Kürze regelmäßig geleistet.“

Mit Schreiben vom 8.2.1994 fragte die Klägerin bei dem Gewerbeamt der Stadt N. nach Angaben über den Besitzer und den Gewerbeausübenden der OHG L. als Rechtsnachfolger der Firma J. an.

Hierauf wurde durch das Gewerbeamt die Auskunft erteilt, daß eine U. und S. L. OHG unter der Adresse K. in N. einen Einzelhandel mit Lebensmitteln betreibt.

Daraufhin beantragte die Klägerin am 28.2.1994 einen Mahnbescheid gegen Frau U. und Herrn S. über die offene Kaufpreisforderung in Höhe von 78.876,82 DM. Nach Widerspruch im Mahnverfahren begründete die Klägerin die Klage damit, daß laut Schreiben vom 19.5.1992 die OHG Rechtsnachfolgerin der Firma J. geworden sei. Die Klage wurde nach Durchführung einer Beweisaufnahme durch Urteil des Landgerichts M. vom 22.8.1995 rechtskräftig abgewiesen. In der damaligen Beweisaufnahme räumte der Beklagte zu 1) ein, daß er zum Zeitpunkt der Abfassung des Schreibens vom 19.5.1992 über den „genauen Tatbestand des Wollens und des Seins“ der Parteien nicht aktuell informiert gewesen sei, da er zeitweilig nicht so guten Kontakt zu den Gesellschaftern der OHG gehabt habe.

Die Klägerin hat vorgetragen, die Beklagten seien aufgrund der grob fahrlässig erteilten unrichtigen Auskunft zum Ersatz des hieraus entstandenen Schadens verpflichtet, da die Mitteilung der Rechtsnachfolge und der grundsätzlichen Zahlungsbereitschaft der OHG objektiv falsch gewesen sei. Der Beklagte zu 1) habe damit rechnen müssen, daß seine Mitteilung Grundlage einer Entscheidung über die gerichtliche Inanspruchnahme bilden konnte. Der Beklagte zu 2) hafte aufgrund des bestehenden Steuerberatungsvertrages, in dessen Schutzbereich die Klägerin einbezogen sei.

Antragsgemäß hat das Landgericht M. die Beklagten durch Versäumnisurteil vom 26.2.1997 zur Zahlung verurteilt. Hiergegen haben die Beklagten form- und fristgerecht Einspruch eingelegt. (...)

Sie haben vorgetragen, der Beklagte zu 1) habe mit dem Schreiben vom 19.5.1992 lediglich eine falsche Sachlage mitgeteilt. Dieses Schreiben sollte für die Klägerin keine Entscheidungsgrundlage bilden. Zudem sei aufgrund des Zeitraumes zwischen Auskunftserteilung und Klageerhebung (fast zwei Jahre) nicht erkennbar gewesen, daß diese Mitteilung Entscheidungsgrundlage für eine gerichtliche Inanspruchnahme bilden würde. Das Schreiben vom 19.5.1992 sei im Rahmen einer normalen Korrespondenz erfolgt, die lediglich den Zweck hatte, Unklarheiten bei Warenlieferungen an das Geschäft J. einer Erledigung zuzuführen.

Das Landgericht hat der Klage stattgegeben und in seiner Begründung ausgeführt, der Beklagte zu 1) hafte wegen vorsätzlich sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB, da er die Auskunft über die Rechtsnachfolge quasi ins Blaue hinein abgegeben habe und ihm dabei erkennbar gewesen sei, daß die Klägerin dieses als Anlaß für eine gerichtliche Inanspruchnahme der vermeintlichen Rechtsnachfolger nehmen würde.

Der Beklagte zu 2) hafte nach § 831 BGB, da der Beklagte zu 1) insofern dessen Verrichtungsgehilfe gewesen sei.

Hiergegen wenden sich die Beklagten mit der Berufung.

Sie tragen insoweit vor, der Beklagte habe nicht damit gerechnet, daß die Klägerin das Schreiben vom 19.5.1992 zum Anlaß nehmen würde, um ohne weitere Korrespondenz Klage gegen die OHG und ihre beiden Gesellschafter zu erheben. Insofern seien die in dem Schreiben gemachten Informationen bereits so unvollständig gewesen, daß weitere Ermittlungen der Klägerin notwendig gewesen seien.

Die von der Klägerin eingeholte Gewerbeauskunft sei nicht ausreichend gewesen. Bereits aus dieser Auskunft habe die Klägerin erkennen können, daß die Firma OHG dem Beklagten zu 1) zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt gewesen sei. Darüber hinaus fehle es aufgrund der Zeitdifferenz von Auskunftserteilung und Klageerhebung von annähernd zwei Jahren an einem Rechtswidrigkeitszusammenhang. Auch sei das fahrlässige Verhalten des Beklagten zu 1) nicht als leichtfertig und gewissenlos anzusehen. (...)

Die Klägerin nimmt Bezug auf ihr erstinstanzliches Vorbringen und ist insbesondere der Ansicht, daß der Beklagte zu 1) angesichts der Vorkorrespondenz der Klägerin damit rechnen mußte, daß die Klägerin zur Realisierung ihrer Kaufpreisansprüche rechtliche Schritte ergreifen würde. Auch sei das Verhalten des Beklagten zu 1) für diesen erkennbar nicht durch eine entsprechende Bevollmächtigung der OHG-Gesellschafter gedeckt gewesen. Zumindest habe der Beklagte zu 1) in vorwerfbarer Weise unterlassen, auf die Streitverkündung im damaligen Prozeß zu reagieren und damit zur Minimierung des Schadens beizutragen.

Die Berufung ist zulässig und begründet.

Aus den Gründen:

Die Klägerin hat gegen die Beklagten keinen Anspruch auf Schadenersatz aufgrund der falsch erteilten Auskunft.

Insbesondere hat die Klägerin gegen den Beklagten zu 1) keinen Anspruch aus vorsätzlich sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 Abs. 1 BGB.

Im Ansatz zu Recht ist das Landgericht zunächst von einem sittenwidrigen Verhalten des Beklagten zu 1) ausgegangen.

Grundsätzlich ist für das Tatbestandsmerkmal des sittenwidrigen Verhaltens auch die Fallgruppe der treuwidrigen Irreleitung Dritter durch Fehlinformationen in Rechtsprechung und Literatur anerkannt. **Sittenwidrig ist die vorsätzliche oder leichtfertige falsche Auskunftserteilung im Dienste der Förderung eigennütziger Interessen** (vgl. MünchKomm-BGB, § 826 Rdnr. 175 m.w.N.).

Ein schärferer Maßstab wird in den Fällen angelegt, in denen der **Auskunftgeber beruflich handelt und insoweit eine Vertrauensstellung einnimmt** oder die Sorgfaltseinhaltung bei der Auskunftserteilung zu den Pflichten gehört, die der Geschäftsverkehr mit diesem Berufsbild verbindet (vgl. MünchKomm, a.a.O.; RGRK-BGB 12. Aufl., § 826 Rdnr. 51 ff; Erman, BGB 9. Aufl., § 826 Rdnr. 38).

Die höchstrichterliche Rechtsprechung trägt der besonderen Garantenstellung des für ein Vermögen Tätigen und der dadurch gesteigerten Sorgfaltserwartung im Rahmen des Deliktsrechts dadurch Rechnung, daß sie für das Sittenwidrigkeitsurteil in § 826 BGB die **leichtfertige, „ins Blaue gemachte“ Auskunft** genügen läßt. Sittenwidrig sind danach unwahre Auskünfte, wenn der Auskunftgeber ihre Unwahrheit kennt oder die Erteilung vor ihrer Verifizierung in Anbetracht der Umstände und der Leichtfertigkeit der Rechercheur gewissenlos ist. Die Auskunft muß jedoch für die Entschließung des Auskunftsempfängers erkennbar erheblich sein (vgl. RGRK, a.a.O., mit umfangreichen Nachweisen zur Rechtsprechung des BGH).

Sinn und Zweck der Anwendung des § 826 BGB in diesen Fällen ist unter anderem die Sicherung der Funktion bestimmter für die moderne Gesellschaft wesentlicher Institutionen (vgl. Erman, a.a.O., § 826 Rdnr. 38). So wurde beispielsweise in folgenden Fällen einer leichtfertigen

Erteilung einer unwahren Auskunft die Sittenwidrigkeit bejaht: leichtfertige Kreditauskünfte einer Bank über ihren Kunden, leichtfertige Angaben eines Sachverständigen bei der Erstattung seines Gutachtens, Angaben eines Wirtschaftsprüfers in einem Gutachten über die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens oder die Auskünfte eines Abschlußprüfers gegenüber dem Gesellschaftsgläubiger (vgl. RGRK, a.a.O., mit einer Übersicht über die verschiedenen Fallgruppen).

Auch leichtfertige Angaben eines Steuerberaters im Rahmen von Kreditverhandlungen über seinen Klienten wurden tatbestandsmäßig dem § 826 BGB unterworfen (vgl. BGH, Urt. v. 25.10.1966, VersR 1967, 65 ff).

Entscheidend für die Frage der Sittenwidrigkeit ist auch das Vorliegen von Umständen, die das Verhalten des Auskunftgebers als leichtfertig, rücksichts- und gewissenlos charakterisieren (vgl. BGH, Urt. v. 24.9.1991, NJW 1991, 3282 ff).

Unter Anwendung dieser Grundsätze dürfte die hier streitgegenständliche Auskunftserteilung vom 19.5.1992 als sittenwidrig zu werten sein. Die „Auskunft“ erfolgte durch den Beklagten zu 1) im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Steuerberater, da er insoweit aufgrund einer Beauftragung durch Frau J. mit deren Gläubigern Kontakt aufnahm. Der Beklagte zu 1) trat auch bewußt gegenüber der Klägerin in dieser Eigenschaft auf und begründete dadurch auf deren Seite zunächst ein schutzwürdiges Vertrauen. **Die Auskunft über die angebliche Rechtsnachfolge und die grundsätzliche Bereitschaft der „Rechtsnachfolger“ zur Zahlung der Verbindlichkeiten erfolgte nach eigenem Vorbringen der Beklagten ohne gewissenhafte Überprüfung und damit leichtfertig ins Blaue hinein.**

Die Annahme von **vorsätzlichem Handeln** des Beklagten durch das Landgericht ist jedoch nicht unproblematisch. Zum Vorsatz gehört und genügt das Bewußtsein, daß das Handeln den schädlichen Erfolg haben wird (vgl. Palandt, BGB 56. Aufl., § 826 Rdnr. 10). Zulässig ist in diesem Zusammenhang von einem leichtfertigen, gewissenlosen Verhalten auf den Schädigungsvorsatz zu schließen (BGH, a.a.O.).

Vorliegend geben die Umstände jedoch wenig Anlaß für die Annahme, der Beklagte zu 1) habe bei der damaligen Auskunftserteilung bereits damit rechnen können, daß diese Grundlage einer späteren gerichtlichen Inanspruchnahme

der „Rechtsnachfolger“ sein könne. Entscheidend ist insofern auch, daß der Beklagte zu 1) sich im Auftrag der Frau J. und nicht etwa für die vermeintlichen Rechtsnachfolger gegenüber der Klägerin legitimiert hat. Die Aussage des Beklagten zu 1) über die Rechtsnachfolge der OHG erfolgte zwar quasi ins Blaue hinein, dennoch mußte er unter Berücksichtigung allgemeiner Erfahrungssätze nicht damit rechnen, daß die Klägerin im bloßen Vertrauen auf diese Äußerung einen Rechtsstreit gegen die potentiellen Rechtsnachfolger einleiten würde, ohne sich zuvor nochmals über die Rechtsnachfolge zu vergewissern.

Letztendlich kann dies jedoch dahingestellt bleiben, da aufgrund der zeitlichen Differenz zwischen Auskunftserteilung und gerichtlicher Geltendmachung der Forderung gegenüber der OHG von nahezu zwei Jahren der Zurechnungszusammenhang zu verneinen ist.

Die Klägerin durfte daher nicht mehr im schutzwürdigen Vertrauen auf die Auskunft des Beklagten zu 1) ohne gewissenhafte Überprüfung der Rechtsnachfolge der OHG gegen diese vorgehen. Die Klägerin legt in ihrer Klagebegründung selbst dar, daß sie bei Eingang der Mitteilung davon ausgegangen ist, daß der Beklagte zu 1) für die ursprüngliche Vertragspartnerin Frau J. handelte. Das Handeln des Beklagten zu 1) wurde daher offensichtlich nicht als Vertreterhandeln für die OHG gewertet.

Insofern sei am Rande bemerkt, daß die Ermittlungen der Klägerin bezüglich der Rechtsnachfolge der OHG nicht ausreichend waren. Gerade die Frage der Wirksamkeit der wirksamen Rechtsnachfolge ist bei einer beabsichtigten gerichtlichen Inanspruchnahme sorgfältig vorab zu prüfen, insbesondere, wenn die Information über diese Rechtsnachfolge vor nahezu zwei Jahren erteilt wurde.

Die Klägerin konnte daher aufgrund der von ihr eingeholten einfachen **Auskunft beim Gewerbeamt** nicht mit ausreichender Sicherheit von der Rechtsnachfolge ausgehen. Vielmehr hätte es einer qualifizierten Anfrage gerade im Hinblick auf die hier problematische Rechtsnachfolge bzw. einer Nachfrage bei der OHG selbst bedurft.

Vertragliche Schadenersatzansprüche stehen der Klägerin ebenfalls nicht zu. Insbesondere ist die Klägerin vorliegend nicht in den Schutzbereich des Vertrages zwischen der Kauffrau J. und dem Beklagten zu 2) mit einbezogen worden.

Die Frage, ob eine **Schutzwirkung eines Vertrages** sich auch auf einen Dritten erstreckt, ist durch eine ergänzende Vertragsauslegung zu ermitteln. Dabei sind an die Einbeziehung eines Dritten strenge Anforderungen zu stellen, um einer Ausuferung der vertraglichen Haftung vorzubeugen.

Zur notwendigen Eingrenzung sind unter anderem folgende Voraussetzungen für einen Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte entwickelt worden:

Neben einer Leistungsnähe des Dritten – dieser muß bestimmungsgemäß mit der Leistung in Berührung kommen und den Gefahren von Schutzpflichtverletzungen ebenso ausgesetzt sein wie der Gläubiger selbst – **bedarf es einer Schutzpflicht des Gläubigers gegenüber dem Dritten und einer Erkennbarkeit dieser Schutzpflicht für den Dritten** (vgl. Palandt, BGB, § 328 Rdnr. 16 f).

Die geforderte Schutzpflicht gegenüber der Klägerin ist vorliegend nicht gegeben. Wie bereits ausgeführt, wurde der Beklagte zu 1) im Rahmen seiner Tätigkeit als Mitarbeiter des Beklagten zu 2) als Steuerberater für die Mandantin Frau J. tätig. Gerade in Wahrnehmung ihrer Interessen erfolgte die schriftliche Korrespondenz mit der Klägerin. Für die Klägerin war dieser Umstand auch erkennbar. Aufgrund der gegenläufigen Interessen schuldete der Beklagte zu 1) als Erfüllungsgehilfe des Beklagten zu 2) der Klägerin gerade keinen besonderen Schutz bzw. Fürsorge.

Insofern unterscheidet sich diese Fallkonstellation in gravierender Weise von derjenigen, die der Entscheidung des BGH in seinem Urteil vom 25.10.1966 (s. vor) zugrundelag. Dort erstellte der Steuerberater eine Bilanz, die den Gläubigern zur Kenntnis gebracht wurde. Letztendlich würde aber auch ein solcher Anspruch an dem überwiegenden Mitverschulden der Klägerin entfallen.

Mit der Erhebung der Klage ohne die ausreichende gewissenhafte Überprüfung, ob tatsächlich eine Rechtsnachfolge eingetreten war (insoweit wird auf die obigen Ausführungen Bezug genommen), hat die Klägerin den eingetretenen Schaden selbst zu verantworten. Das diesbezügliche Fehlverhalten ihres Prozeßbevollmächtigten hat sie sich zurechnen zu lassen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-7

Abfindungsvergleich	
- Vorbehalt	99, 133
Akteneinsicht	
- > durch Haftpflichtversicherer	99, 161
- Ermittlungsakten, StA	99, 161
Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	
- Honorarvereinbarung, Liquidator	
= Auslegung	99, 85
Amtspflichtverletzung	
- Rechtsberatung durch StB/WP	99, 161
Anwaltsvertrag	
- RA und Aufsichtsrat	99, 33
- Zustandekommen des >	99, 33
Aufsichtsrat	
- Anwaltstätigkeit des >	99, 33
Auskunftsvertrag	
- Zurechnungszusammenhang	
= Zeitablauf	99, 176
Belehrungspflicht des RA	
- >, baubegleitende	99, 6
Belehrungspflicht des StB/WP	
- Bilanzierungspflicht	
= Kleingewerbetreibender	99, 98
- Entnahme, steuerfreie,	
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG	99, 18
- Investitionszulagenantrag	99, 50
- Kleingewerbetreibender	
= Bilanz, unnötige	99, 98
- Reinvestitionsrücklage	99, 171
Berichtigung, § 129 AO	
- Einnahme-/Überschußrechnung	99, 46
- USt-Vorauszahlung	99, 46
Berufspflichtverletzung	
- Mitteilung an Berufskammer	99, 158
Berufsverbot	
- > des RA	
= wg. Verteidigerpost	99, 75
Berufung	
- >, zweite	99, 12
Berufungsbegründungsfrist	
- Antrag, mangelhafter	99, 116
- Fristenkontrolle	99, 113, 117
- Verlängerungsantrag, erster	99, 83
- Wiedereinsetzung	99, 83
Berufungsfrist	
- Parteibezeichnung	99, 32
Berufungsschrift	
- Auslegung der >	99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare	99, 32
Betrug	
- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung	99, 24

Beweislast

- Anscheinsbeweis	
= Rechtsauffassung des FA	99, 147
- Betriebsprüfungsbericht	99, 147
- Honorarrückforderung	99, 39
- Sitzungsprotokoll	99, 73
- Vergleichsinhalt	99, 73

Dritthaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
= Auskunft	99, 176

Entnahme

- >, steuerfreie,	
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG	99, 18

Erhaltungsmodell

- Steuervorteile	99, 138
------------------	---------

Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO	
= Unterlagen beim Konkursverwalter	99, 24

Firma

- Zusatz „und Partner“	99, 49
------------------------	--------

Fristenkontrolle

- Berufungsbegründungsfrist	99, 113, 116, 117
- Bote	99, 29
- Empfangsbekenntnis	99, 25
- Fristenkontrollbuch	
= Erledigungskontrolle	99, 12
= >, EDV-gestütztes	99, 113
= Fristverfügung, Klebezettel	99, 83
= Organisationsanweisung	99, 61, 112
= Organisationsverschulden,	
Klebezettel	99, 83
= Streichung der Frist	99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes	
= Anweisung	
- > an Bürokraft	99, 12, 61, 112
- Klebezettel	99, 83
= Beförderung der Post	
- > durch Mitarbeiter	99, 29
= Brief an unzuständiges Gericht	99, 4
= Empfangsbekenntnis,	
= Unterzeichnung des >	99, 12
= Verkehrsstau	99, 141
= Verschuldensmaßstab	99, 141
= Wartepflicht des Gerichts	99, 141
= Weiterleitung durch Gericht	99, 4
- Kanzlei, gemischte	99, 117
- Organisationsanweisung	
= Anruf des Gerichts	99, 30
= EDV-Kontrollausdruck	99, 113
= Faxnummer, falsche	99, 61
= Fristenkontrollbuch	99, 61, 112
= Gerichtspost	99, 28
- Telefax	
= Nummer, falsche	99, 61
- Vorfrist	99, 170

Gesamtschuld/-schuldner

- Verkehrs- und Prozeßanwalt	99, 124
------------------------------	---------

Gewinnermittlung

- Wahl der Art der >	99, 66
----------------------	--------

GI Aktuell

- Aktivierung, Gewinnansprüche	99, 81
- Antragsunterschrift, InvZul	
= Telefax	99, 81
- Berufspflichtverletzung	
= Mitteilung an Berufskammer	99, 158
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung	
= Folgen	99, 60
- Einkommensteuertarif	99, 132
- Existenzminimum	99, 54

- Fristversäumnis, Verkehrsstau	99, 4	- Tätigkeit, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71
- Gewerbeertragsteuer	99, 28	- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	99, 42
- Haushaltsfreibetrag		- Vorschuß	
= bei Ehegatten	99, 54	= Rückzahlung des >	99, 174
- Kinderbetreuungskosten		- Zeitgebühr	
= bei Ehegatten	99, 54	= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42
- Kinderfreibeträge	99, 58	= Einrichten der Buchführung	99, 71
- Lebensversicherung		= Ermittlungsverfahren	99, 39
= Vertragsänderung	99, 107	= Mittelgebühr	99, 71
- Lohnsteuer		= Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71
= Trinkgelder	99, 108		
- Restitutionsklage, Anmeldefrist	99, 2	Immobilienverkauf	
- Schuldzinsen, private	99, 4	- Beratungsvertrag	99, 138
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen	99, 81	- Berechnung der Steuervorteile	99, 138
- Telefax			
= Unterschrift	99, 81	Investitionszulage	
= Vergütung, Urheberrechtliche	99, 82	- Auftrag zur Beantragung der >	99, 50
- Telefonwerbung	99, 106	- Betriebsvorrichtung	99, 50
- Versicherungsbedingungen		- Ladeneinbau	99, 50
= Anpassungsklausel	99, 107	- Unterschrift	99, 81
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	99, 80		
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR	99, 2	Kausalität	
GmbH		- Information des Mandanten	99, 43
- Auflösung		- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
= Gründungsgesellschaft	99, 174	= Entscheidung des Gerichts	99, 69
- Bareinlageverpflichtung	99, 20	= § 6b EStG - Beratung	99, 171
- Geschäftsführer		= Verhalten, beratungskonformes	99, 91, 171
= Einlagebestätigung	99, 20	- Unterbrechung der >	
		= Rechtsanwalt, neuer	99, 44
Hilfeleistung in Steuersachen		- Zurechnungszusammenhang	
- siehe unter Steuerberatungsgesetz		= Zeitablauf	99, 176
Honoraranspruch des RA		Kostenerstattungsanspruch	
- Belehrungspflicht über >	99, 33	- StB-Kosten	99, 18
- Einforderbarkeit, Fälligkeit	99, 33		
- Honorarvereinbarung		Liquidator	
= Auslegung	99, 85	- Honorar	
- Liquidator	99, 85	= Sondervergütung	99, 85
- Rechtsbeistandstätigkeit	99, 33		
Honoraranspruch des StB/WP		Mandatsniederlegung	
- Abschlagszahlungen		- Fristenlauf	99, 29
= Verrechnung	99, 64	- Mitteilungspflicht	99, 29
- Änderung der Rechnung		Mitverschulden	
= > im Gebührenrechtsstreit	99, 71	- Bareinlage, GmbH	99, 20
- Bereicherung, ungerechtfertigte	99, 174	- Informationen an RA	
- Bereicherungsanspruch	99, 39	= > durch Mandanten	99, 108
= > des Mandanten	99, 125	- Informationen an StB	99, 43
(s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB)		- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25
- Bestimmungsrecht, § 315 BGB	99, 39	- Steuererklärung	
- Bilanz, unnötige	99, 98	= Zinserträge	99, 25
- Buchführung			
= Abstimmung	99, 151	Nachbesserung	
= Einrichten der >, §§ 32, 13 StBGebV	99, 71	- Rechnung, fehlerhafte	99, 39
= Rahmensatz	99, 71	- Schaden	99, 125
= Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71		
= Überschußrechnung, § 33 StBGebV	99, 66	Notar	
= Verprobung	99, 151	- Belehrungspflichten	
- DATEV-Gebühren	99, 151	= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		- Löschungsurkunde	99, 161
= Einzelangaben, nachträgliche	99, 71	- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO	
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39	= Löschungsurkunde, Treuhandauflage	99, 161
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42	- Vorleistungen, ungesicherte	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		= Grundstück an Liebhaber	99, 91
= Bestimmungsrecht, Festlegung	99, 39, 64		
= Buchführung	99, 71	Prozeßvollmacht	
= Darlegungslast	99, 66	- BGB-Gesellschaft	99, 49
= Lohnbuchhaltung	99, 71		
- Kleingewerbetreibender	99, 98	Rechtsanwalt	
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV		- Belehrungspflicht	
= Rahmensatz	99, 71	= Vergütungsanspruch	99, 33
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		- Beratungspflichten	
= Vereinbarung, unwirksame	99, 64	= Bauvertrag	99, 6
- Rechnung, fehlerhafte		- Grundsatz des sichersten Weges	99, 124
= Nachbesserung	99, 39	- Kündigungsschutzklage	
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	99, 125	= Sachverhaltsaufklärung	99, 108
- Schlechtleistung	99, 125	= zwei Kündigungserklärungen	99, 108

- Liebhaberei	99, 26	Steuerbescheid	
- Sachverhaltsermittlung	99, 108	- Übersendungsart	99, 43
- Syndikus		Steuererklärung	
= Berufsfreiheit	99, 134	- Abgabe, rechtzeitige	99, 69
= Mandatsvertrag, nichtiger	99, 134	Unterschrift	
= Tätigkeitsverbot	99, 134	- Wiedereinsetzung	99, 5
- Tätigkeitsschwerpunkt		Ursachenzusammenhang	
= Forderungseinzug	99, 100	- siehe unter Kausalität	
- Untätigkeit	99, 44	Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO	
- Versicherungsmandat	99, 44	- Verjährungsbeginn	
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	99, 124	= Ersatzmöglichkeit, anderweitige	99, 161
- Vertreter		Verjährung, § 51b BRAO	
= Rechtsmittelschrift	99, 115	- Belehrung über Fehler und Verjährungs-	
= >, amtlich bestellter	99, 115	vorschrift, Sekundäranspruch	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		= Anlaß zur Belehrung	99, 161
- Amtspflichtverletzung wg. >	99, 161	= Kenntnis des Fehlers und Verjährungs-	
- > durch Wirtschaftsprüfer,		vorschrift	99, 161
Art. 1 § 5 Nr. 2 RBERG		= Mandant, Volljurist	99, 161
= Vertragsberatung	99, 50	= RA, neuer	99, 161
Rechtsmittel		Versäumnisurteil	
- Gerichtsentscheidung		- >, zweites	99, 12
= Form, falsche	99, 61	- Wartepflicht des Gerichts	99, 141
= Meistbegünstigungsgrundsatz	99, 61	Versicherungsberatung	
- >, einheitliches	99, 12	- Rechtsanwalt, Brandschaden	99, 44
- >, wiederholtes	99, 12	Versicherungsschutz	
Rechtswidrigkeitszusammenhang		- Abfindung unter Vorbehalt	99, 133
- Zeitablauf	99, 176	- Akteneinsicht	
Schaden		= Ermittlungsakten, StA	99, 161
- Eigentumswohnung	99, 16	- Rechtsschutzversicherung	
- Honorar an StB	99, 125	= Kostenerhöhung, unnötige	99, 48
- Kalkulationsschaden, USt	99, 22	= Obliegenheitsverletzung	99, 48
- Kosten des StB	99, 18	- Verjährung	99, 133
- Nachbesserungskosten	99, 125	- Vertrauensschadenversicherung	99, 133
- Prozeßverlust	99, 69	Verspätungszuschläge	
- Schadenbetrachtung, konsolidierte		- Verzugsschaden	99, 69
= Eigentumswohnung	99, 16	Vertrauensschadenversicherung	
- Sozialversicherungsbeiträge	99, 119	- Verschulden des Geschädigten	99, 133
- Sozialversicherungshaftung	99, 119	Verzug	
- Steuerzinsen	99, 147	- > des Steuerberaters	99, 69
- Umsatzsteuer	99, 22	Vollmacht	
- Verzugsschaden	99, 69	- Anscheinsvollmacht	99, 26
- Zinsschaden		- Rechtsbehelfsverfahren	99, 26
= Berechnung, abstrakte	99, 161	Vorteilsausgleichung	
Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB		- Steuerzinsen, § 233 AO	99, 147
- Auskunft	99, 176	Werbeverbot	
- Zurechnungszusammenhang		- Leistungsbeschreibung	99, 75
= Zeitablauf	99, 176	- Notar	
Sozialrecht		= Briefbogen, Farbe	99, 100
- Beratung durch StB/WP	99, 119	- Praxisbroschüre	99, 75
Sozietät		- Selbstdarstellung, erlaubte	99, 24
- >, überörtliche		- Sozietät, gemischte	99, 24
= Rechtsanwalt	99, 75	Wettbewerbsverbot	
= Zweigstellenverbot	99, 75	- Sittenwidrigkeit	99, 101
Steuerberater		- >, nachvertragliches	99, 101
- Wechsel des >	99, 147	Wiedereinsetzung	
Steuerberaterkammer		- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)	
- Berufspflichtverletzung, Mitteilung an >	99, 158	- Unterschrift	99, 5
Steuerberatungsgesetz		- Vertrauensschutz	99, 5
- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen		Wirtschaftsprüfer	
= Sozialversicherungsberatung	99, 119	- Ersatzanspruch	
Steuerberatungsvertrag		= >, abgetretener	99, 161
- Investitionszulagenantrag	99, 50	= > wg. Amtspflichtverletzung	99, 161
- Kreditvermittlung	99, 15		
- Sozialversicherungsberatung	99, 119		
- Zustandekommen des >			
= Abschluß, stillschweigender	99, 15		
= > mit Mitarbeiter	99, 22		

- WP-Gesellschaft = Niederlassungsleiter	99, 100	OLG Hamm v. 21.3.1997 - 25 U 110/96 = NWB Fach 30, 1127 OLG Hamm v. 14.9.1998 - 6 U 48/98 = OLG-Report 99, 69	99, 25 99, 133
Zinsschaden			
- Berechnung, abstrakte	99, 161	OLG Jena v. 4.8.1998 - 8 U 391/98	99, 176
Zugang			
- Übersendungsart	99, 43	OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 - 18a U 12/94, rkr. nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95	99, 50
Zweistellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO	99, 75	OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 O 759/97	99, 50
BVerfG v. 24.7.1997 - 1 BvR 1863/96 = WPK-Mitt 97, 317	99, 100	OLG Köln v. 6.8.1998 - 18 U 293/98	99, 43
BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98	99, 2	OLG München v. 15.12.1997 - 1Z RR 338/96 = AnwBl 98, 608	99, 44
BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91	99, 54	OLG München v. 27.2.1998 - 21 U 4491/97 = AnwBl 98, 608	99, 124
BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93	99, 58	OLG Nürnberg v. 18.12.1996 - 4 U 3322/96 = RBeistand 98, 29	99, 161
BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97	99, 58		
BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98	99, 28		
BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98	99, 2		
BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96 = WPK-Mitt 97, 244	99, 49	LG Bonn v. 13.5.1998 - 5 S 199/97	99, 18
BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96 = WPK-Mitt 97, 322	99, 100	LG Düsseldorf v. 9.6.1998 - 7 O 364/97	99, 125
BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96 = WM 97, 1707	99, 101	LG Frankfurt/Oder v. 30.9.1998 - 13 O 154/98, rkr.	99, 147
BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97 = wistra 98, 177	99, 24	LG Freiburg v. 30.9.1997 - StL 1/97 = WPK-Mitt 98, 337	99, 75
BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98 = wistra 98, 179	99, 24	LG Krefeld v. 10.1.1997 - 1 S 115/96, rkr.	99, 98
BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96 = AnwBl 98, 604	99, 75	LG Leipzig v. 9.3.1998 - 6 Qs 160/97 = RBeistand 98, 70	99, 161
BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97	99, 33	LG Lüneburg v. 26.8.1997 - 3 O 402/96, rkr.	99, 20
BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97	99, 12	LG Marburg v. 14.10.1998 - 5 S 14/98, rkr.	99, 22
BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98	99, 32	AG Bremen v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98	99, 48
BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98	99, 12	AG Duisburg-Hamborn v. 28.10.1997 - 7 C 698/97	99, 151
BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98	99, 30		
BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98	99, 29	BFH v. 15.10.1996 - VII B 119/96 = BFH/NV 97, 514	99, 24
BGH v. 17.9.1998 - I ZB 33/98	99, 117	BFH v. 31.10.1996 - VIII B 11/96 = BFH/NV 97, 459	99, 25
BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 237/97	99, 85	BFH v. 8.11.1996 - VII R 89/96 = BFH/NV 97, 492	99, 4
BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97	99, 6	BFH v. 28.11.1996 - XI R 76/95 = BFH/NV 97, 497	99, 4
BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98	99, 5	BFH v. 4.12.1996 - IV B 51/96 = BFH/NV 97, 500	99, 26
BGH v. 30.9.1998 - IV ZR 323/97 = NVersR 99, 44	99, 133	BFH v. 12.2.1997 - X B 146/96 = BFH/NV 97, 542	99, 26
BGH v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98	99, 116	BFH v. 10.3.1997 - V R 63/96 = BFH/NV 97, 770	99, 49
BGH v. 12.10.1998 - II ZB 11/98	99, 113	BFH v. 13.3.1997 - III B 135/96 = BFH/NV 97, 773	99, 28
BGH v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98	99, 115	BFH v. 13.3.1997 - III B 185/96 = BFH/NV 97, 773	99, 28
BGH v. 27.10.1998 - X ZB 20/98	99, 112	BFH v. 22.4.1998 - XI R 10/97 = NJW 98, 2471	99, 26
BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98	99, 61	BFH v. 27.10.1998 - IX R 44/95	99, 81
BGH v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98	99, 83	BFH v. 27.10.1998 - IX R 19/96 + 29/96	99, 81
BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98	99, 4, 141	BFH v. 26.11.1998 - IV R 52/96	99, 81
BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97	99, 138	BFH v. 15.12.1998 - VIII R 6/98	99, 80
BGH v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97	99, 171	BFH v. 17.12.1998 - III R 87/96	99, 81
BGH v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98	99, 83	BFH v. 19.2.1999 - VI R 43/95	99, 108
BGH v. 28.1.1999 - I ZR 208/96	99, 82		
BGH v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98	99, 108		
BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 384/97	99, 134		
BGH v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99	99, 170		
BGH v. 16.3.1999 - XI ZR 76/98	99, 106		
BGH v. 17.3.1999 - IV ZR 218/97	99, 107		
BGH v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97	99, 161		
OLG Dresden v. 9.2.1998 - 17 U 267/97	99, 73	FG Berlin v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97	99, 46
OLG Dresden v. 9.6.1998 - 14 U 3245/97 = BRAK-Mitt. 98, 235	99, 24	FG Brandenburg v. 10.11.1993 - 2 K 154/92 I	99, 50
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 - 13 U 281/93	99, 16		
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 - 13 U 225/96	99, 15	Schleswig-Holst. Anwaltsgerichtshof v. 19.6.1998 - 2 AGH 4/98 = AnwBl 98, 605	99, 75
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 25/97	99, 64		
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 32/97	99, 66		
OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 - 13 U 61/97	99, 119		
OLG Düsseldorf v. 5.3.1998 - 13 U 84/97	99, 174		
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 - 13 U 86/96	99, 39		
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 151/97	99, 42		
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 - 13 U 164/97	99, 69		
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 - 13 U 231/97	99, 71		
		VG Sigmaringen v. 4.12.1997 - 8 K 268/96 = WPK-Mitt 98, 351	99, 100
		OFD Frankfurt v. 5.11.1998 - S 0824 A-2-St II 41	99, 158

Notarhaftung • Verjährung • Kenntnis des Ersatzpflichtigen • Subsidiäre oder unmittelbare Haftung (BGB); Rechtsanwalt und Steuerberater • Kammerbeiträge • Bemessung der beruflichen Umsätze (BGH); Anwaltshaftung • Versicherungsmandat, Kfz-Schaden • Verjährung • Anerkenntnis (OLG München); Steuerberaterhonorar • Unternehmens-/Wirtschaftsberatung • Rechtsberatung • Schlechterfüllung (OLG Koblenz); Steuerberaterhonorar • Haftung der Kommanditisten • Einwendungen (OLG Düsseldorf);

Steuerberaterhonorar • Schriftliche Vereinbarung • Mittelgebühr • Teilnahme an BP (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhaftung • Neuerstellung der Buchführung • Kontrolle des Vorberaters (OLG Düsseldorf); Abschlußprüfung • Nachtragsprüfung • Prüfungsumfang (OLG Hamm); Steuerberaterhaftung • Schaden, Vollverzinsung • Mitverschulden (AG Kassel); und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind.



Es ist soweit:

Das GI-Spezial „Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar 1980–1999“ ist als Printversion erschienen. Hier sind eine Vielzahl auch nicht veröffentlichter Urteile zu den Alltagsfragen des Gebührenrechts zusammengefaßt.

Eine wahre Fundgrube zur Lösung Ihrer Gebührenfragen, die häufig zu Streitigkeiten mit den Mandanten führen.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430–550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44–40 70
Telefax: (02 21) 1 44–51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96–98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1–3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.